

Sand im Getriebe 154

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

Website: www.sand-im-getriebe.org

E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de

Sag NEIN!

Inhaltsverzeichnis

Wolfgang Borchert: Dann gibt es nur eins!.....2	Palästina.....22
Frieden!.....3	Europäische Zivilgesellschaft: Dringender
Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg	Aufruf zur Beendigung des Völkermordes.....22
zum Ostermarsch 2024: Die Waffen nieder!.....3	Verhungern in Gaza!?.....24
Ziele der AG Globalisierung und Krieg.....4	Berlinale 2024: Film „ No Other Land “- Reden
Zwei Jahre Krieg sind zwei Jahre zu viel!.....4	von Basel Adra und Yuval Abraham.....25
Walden Bello: Ungerechte Kriege und ein	Combatants for Peace.....26
gerechter Frieden.....5	Solidarität..... 27
Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg:	Jim Lobe : Katastrophe mit Ansage:
Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!.....6	Pläne für Gaza.....28
Friedenskonferenz und Sicherheitskonferenz	Israelische Regierung und Armee
München.....7	gegen UN-Beschlüsse.....28
La France Insoumise: Frankreich muss die	Nach dem Beschluss des Internationalen
Führung des Friedenslagers übernehmen.....9	Gerichtshofs zur Klage Südafrikas gegen Israel,
C. Marischka: Sicherheitsstrategie Frankreichs.10	26.Januar 2023.....29
Atomwaffenfrei!.....11	Einige Stimmen aus Palästina und Israel 29
Ingeborg Schellmann: Johan Galtung.....12	Rüstungskooperation mit Israel stoppen!.....30
Heinz Klippert: Friedensbildung tut not!.....14	Weltsozialforum 202431
50er-Jahre: Kämpfe gegen die Wiederbewaffnung	Leo Gabriel: Eine andere Welt verwirklichen. .31
Deutschlands – Film „Der lange Atem“15	Isabel Ortiz:Weltsozialforum: Gegengewicht
Jürgen Wagner: Deutschlands Nationale	zum Weltwirtschaftsforum in Davos.....32
Sicherheitsstrategie.....15	Abschlussklärung des Weltsozialforums in
German Foreign Policy:	Kathmandu (Nepal) 2024.....34
Der Wille zum Weltkrieg.....17	Free Assange Newsletter:
GFP: Rüstungstreiber Europa.....18	Julian Assange ist seit 1803 Tagen inhaftiert
Initiative „Ohne Rüstung leben“:	Netzwerk gegen Todesstrafe fordert Freiheit für
Deutschlands Rüstungsexport.....19	Julian Assange und Mumia Abu-Jamal.....35
Die deutschen größten Rüstungsexporteure.....19	Termine / Hinweise.....36
ISW-München: Rheinmetall: Rekordgewinne 21	

Wolfgang Borchert: Dann gibt es nur eins!

Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen - sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Mädchen hinterm Ladentisch und Mädchen im Büro. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Granaten füllen und Zielfernrohre für Scharfschützengewehre montieren, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Besitzer der Fabrik. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst statt Puder und Kakao Schießpulver verkaufen, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Dichter in deiner Stube. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Liebeslieder, du sollst Haßlieder singen, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Arzt am Krankenbett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst die Männer kriegstauglich schreiben, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Pfarrer auf der Kanzel. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst den Mord segnen und den Krieg heilig sprechen, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Kapitän auf dem Dampfer. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keinen Weizen mehr fahren - sondern Kanonen und Panzer, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Pilot auf dem Flugfeld. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Bomben und Phosphor über die Städte tragen, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Schneider auf deinem Brett. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Uniformen zuschneiden, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Richter im Talar. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst zum Kriegsgericht gehen, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Mann auf dem Bahnhof. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst das Signal zur Abfahrt geben für den Munitionszug und für den Truppentransport, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: **Sag NEIN!**

Du. Mutter in der Normandie und Mutter in der Ukraine, du, Mutter in Frisko und London, du, am Hoangho und am Mississippi, du, Mutter in Neapel und Hamburg und Kairo und Oslo - Mütter in allen Erdteilen, Mütter in der Welt, wenn sie morgen befehlen, ihr sollt Kinder gebären, Krankenschwestern für Kriegslazarette und neue Soldaten für neue Schlachten, Mütter in der Welt, dann gibt es nur eins: **Sagt NEIN!**

Mütter, sagt NEIN!

Denn wenn ihr nicht NEIN sagt, wenn IHR nicht nein sagt, Mütter, dann:

dann: In den lärmenden dampfdunstigen Hafenstädten werden die großen Schiffe stöhnend verstummen und wie titanische Mammutkadaver wasserleichtig träge gegen die toten vereinsamten Kaimauern schwanken, algen-, tang- und muschelüberwest den früher so schimmernden dröhnenden Leib, friedhöflich fischfaulig duftend, mürbe, siech, gestorben -

die Straßenbahnen werden wie sinnlose glanzlose glasäugige Käfige blöde verbeult und abgeblättert neben den verwirrten Stahlskeleton der Drähte und Gleise liegen, hinter morschen dachdurchlöchernten Schuppen, in verlorenen kraterzerrissenen Straßen - eine schlammgraue dickbreiige bleierne Stille wird sich heranwälzen, gefräßig, wachsend, wird anwachsen in den Schulen und Universitäten und Schauspielhäusern, auf Sport- und Kinderspielplätzen, grausig und gierig, unaufhaltsam -

der sonnige saftige Wein wird an den verfallenen Hängen verfaulen, der Reis wird in der verdorrten Erde vertrocknen, die Kartoffel wird auf den brachliegenden Äckern erfrieren und die Kühe werden ihre totsteifen Beine wie umgekippte Melkschemel in den Himmel strecken -

in den Instituten werden die genialen Erfindungen der großen Ärzte sauer werden, verrotten, pilzig verschimmeln -

in den Küchen, Kammern und Kellern, in den Kühlhäusern und Speichern werden die letzten Säcke Mehl, die letzten Gläser Erdbeeren, Kürbis und Kirschsäfte verkommen - das Brot unter den umgestürzten Tischen und auf zersplitterten Tellern wird grün werden und die ausgelaufene Butter wird stinken wie Schmierseife, das Korn auf den Feldern wird neben verrosteten Pflügen hangesunken sein wie ein erschlagenes Heer und die qualmenden Ziegelschornsteine, die Essen und die Schlote der stampfenden Fabriken werden, vom ewigen Gras zugedeckt, zerbröckeln — zerbröckeln — zerbröckeln —

dann wird der letzte Mensch, mit zerfetzten Gedärmen und verpesteter Lunge, antwortlos und einsam unter der giftig glühenden Sonne und unter wankenden Gestirnen umherirren, einsam zwischen den unübersehbaren Massengräbern und den kalten Götzen der gigantischen betonklotzigen verödeten Städte, der letzte Mensch, dürr, wahnsinnig, lästernd, klagend - und seine furchtbare Klage: WARUM? wird ungehört in der Steppe verrinnen, durch die geborstenen Ruinen wehen, versickern im Schutt der Kirchen, gegen Hochbunker klatschen, in Blutlachen fallen, ungehört, antwortlos, letzter Tierschrei des letzten Tieres Mensch - all dieses wird eintreffen, morgen, morgen vielleicht, vielleicht heute nacht schon, vielleicht heute nacht, wenn - wenn - wenn ihr nicht NEIN sagt.

zitiert aus: Wolfgang Borchert, Das Gesamtwerk, <https://www.bo-alternativ.de/borchert.htm>

Frieden!

Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg zum Ostermarsch 2024 Die Waffen nieder! Kriegstüchtig? – Nie wieder!



Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden, erklärt Minister Pistorius. Er meint damit nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Bevölkerung. Wir lehnen eine Politik ab, die von Krieg als dem Normalfall ausgeht statt vom Friedensgebot des Grundgesetzes. Diese Politik eskaliert internationale Konflikte und militarisiert unsere Gesellschaft. Wir wenden uns gegen die rasante Militarisierung in unserem Land, die eine weitere Rechtsentwicklung verstärkt. **Wir müssen nicht „kriegstüchtig“, sondern die Politik wieder friedensfähig werden.**

Täglich sterben unschuldige Menschen in zahlreichen Kriegen. Die Gefahren wachsen, denn es drohen eine Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg, sowie eine Ausweitung des Krieges im Nahen Osten zu einem Flächenbrand. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die **Ukraine** muss beendet werden. Weder militärische Offensiven, noch Waffenlieferungen oder Sanktionen gegen Russland haben zu Waffenstillstandsgesprächen geführt. Initiativen zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzung, für einen Waffenstillstand und diplomatische Lösungen werden von der Bundesregierung abgelehnt. Sie setzt sich für eine Fortsetzung der Kriege in der Ukraine und in Nahost ein. Ungeachtet der horrenden Zahl von Opfern lehnt sie Waffenstillstände und Verhandlungen ab. Mit dieser Erbarmungslosigkeit isoliert sie sich zunehmend.

Auch im **Gaza-Krieg** sind wir solidarisch mit allen Opfern und fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Wir bekennen uns zum Existenzrecht des Staates Israels und Palästinas auf Basis von UNO-Beschlüssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Nordsyrien und Nordirak, gegen die das NATO-Mitglied Türkei weiterhin eine blutige Kriegsführung betreibt. Dieser Konflikt steht auch für viele andere kriegerische Auseinandersetzungen weltweit, die hierzulande kaum wahrgenommen werden.

Mit ihren **Waffenlieferungen** gießt die Bundesregierung Öl

ins Feuer. Sie bedient dabei die Profitinteressen der Rüstungsindustrie und stützt die Vormachtstellung der USA. Kriege und Rüstung sind Ursachen für Zerstörung des Klimas, Hungerkrisen, Flucht und Vertreibung, Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürre werden nicht bekämpft, weil das Geld für Rüstung ausgegeben wird.

Anstatt auf Diplomatie und Deeskalation zu setzen, steigen die deutschen **Militärausgaben** von bisher 64 auf 85 Milliarden Euro, etwa tausend Euro pro Einwohner. Das ist der größte Sprung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wir wollen nicht den **weltweit drittgrößten Rüstungsetat, der mit sozialer Verelendung in unserem Land erkaufte wird.**

Statt Rüstungskonzerne reich zu machen hätte man Geld, um Kinderarmut zu verhindern, den Wohnungsbau voranzutreiben, das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie den Klimaschutz zu verbessern und die Sozialausgaben insgesamt zu erhöhen.

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik – in der Ukraine, im Nahen Osten und weltweit. „Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ (Willy Brandt).

Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Es ist zu Ostern dringlicher denn je, als zivilgesellschaftliche Opposition auf die Straße zu gehen. Wir fordern

- einen Stopp aller Waffenlieferungen
- glaubwürdige diplomatische Initiativen
- Sozialausgaben, zivile Infrastruktur und Klimaschutz auszubauen
- Visa und Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer
- Beibehaltung von Zivilklauseln – Militarisierung an Hochschulen stoppen.

Abrüsten statt aufrüsten!

Quelle: Mit kleinen Änderungen übernommen von

[https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2024/aufrufe/frankfurt-als-Flugblatt-\(pdf\)-herunterladen](https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2024/aufrufe/frankfurt-als-Flugblatt-(pdf)-herunterladen)

AG Globalisierung und Krieg: <http://globalisierungundkrieg.de/>

AG Globalisierung und Krieg von Attac Deutschland – ihre Ziele

Attac Deutschland versteht sich „als Bestandteil der Antikriegs- und Friedensbewegung, denn eine gerechte Welt ist ohne Frieden nicht möglich. Attac setzt sich ein für ein Ende der neuen Kriegsvorbereitungen und Kriege und für zivile und friedliche Konfliktlösungen. Eine Militarisation der Außenpolitik und Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland lehnen wir ab.“ (aus der [Erklärung, 2002](#))

Die Bundesarbeitsgruppe Globalisierung und Krieg von Attac Deutschland gibt dem friedenspolitischen Programm von Attac ein Gesicht in der Öffentlichkeit. Im Dezember 2002 als bundesweite Vernetzung friedenspolitischer Ansätze bei Attac gegründet, weist sie über nunmehr 21 Jahre ein breites Spektrum von Informationen und Aktionen auf und trägt zur Klärung über Hintergründe und Interessen militärischer Einsätze und staatlicher Sicherheitspolitik wie auch zum Wissen über friedliche Lösungsansätze bei. (SiG-Redaktion)

Webseite: <https://globalisierungundkrieg.de/>; [Rundbrief der AG Globalisierung und Krieg](#), 22.3.2024

Aus dem [Antrag zur Bestätigung der AG](#), 2024:

[...] In der BAG GuK arbeiten u. a. Vertreter*innen bundesweiter Friedensorganisationen - wie DFG-VK und IPPNW-aktiv mit, Organisationen, die Teil des globalisierungskritischen Netzwerks Attac sind - ebenso wie auch Pax Christi und die Informationsstelle Militarisation (IMI). Wer die Positionen dieser Organisationen zu den aktuellen Kriegen kennt, weiß, dass sie denen unserer AG sehr nahestehen. Eine grundlegender Kritikpunkt an der kapitalistischen Globalisierung war für Attac zumindest in den ersten 15 Jahren die Durchsetzung von Interessen der Global Player mit militärischen Mitteln (vgl. Maria Mies, „Lizenz zum Töten“). Sinn und Inhalt der Arbeit der GuK ist – auf der Grundlage der ökonomischen Analyse – insbesondere diese Seite der Globalisierung zu thematisieren, die die Ursachen und Hintergründe der derzeitigen Hochrüstung und der meisten Kriege darstellt. Durch Aufklärung solcher Zusammenhänge mit ihren menschenfressenden und umweltvernichtenden Auswirkungen wollen wir einen inhaltlich spezifischen Bei-

trag zur globalisierungskritischen Bewegung insgesamt leisten. Wir sind parteiisch, nämlich gegen Aufrüstung und Gewalt in den internationalen Beziehungen und nehmen Stellung zu den aktuellen Fragen, wie etwa dem Krieg in der Ukraine oder in Palästina/Israel, notwendigerweise im Widerspruch zur deutschen Regierung und zur NATO-Politik. Wir sind aber unparteiisch, wenn wir uns für die Beachtung von Sicherheitsinteressen beider Seiten im Russland-Ukraine-Konflikt aussprechen. Das Gleiche gilt für die Forderung nach einer gerechten Lösung im Nahost-Konflikt, die die Rechte und Interessen der palästinensischen wie der israelischen Bevölkerung berücksichtigt. Die Benennung des jahrzehntelangen Unrechts am palästinensischen Volk hat nicht im Entferntesten etwas mit Antisemitismus zu tun (vgl. Wolfgang Benz, FR 31.08.2023). Angesichts der exorbitanten Steigerung von Rüstungsausgaben und von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete erscheint uns dieser Bereich der Globalisierungskritik dringlicher denn je. [...]

Zwei Jahre Krieg sind zwei Jahre zu viel!

Erklärung der bundesweiten Attac-AG Globalisierung & Krieg zum 2. Jahrestag des russischen Einmarschs in die Ukraine

Seit dem 24. Februar 2022 tobt der Krieg in der Ukraine. Die Anzahl der Toten unter Zivilisten und Soldaten wächst von Tag zu Tag. Das menschliche Leid wird immer unerträglich. Das Gemetzel muss so schnell wie möglich beendet werden.

Längst ist der Krieg zu einem Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und Russland geworden - mit dramatischen Auswirkungen auf den Globalen Süden, aber auch auf die EU und ganz besonders auf Deutschland. Wie immer werden die Lasten dabei höchst ungerecht auf die Bevölkerung abgewälzt.

Aufrüstung, Rüstungswettlauf und Militarisation unserer Gesellschaft sind ein zivilisatorischer Rückfall. Es droht eine lange Eiszeit internationaler Konfrontation, die die Lösung der globalen Probleme blockiert, angefangen bei der Klimakatastrophe.

Nach dem Scheitern der ukrainischen Offensive ist die militärische Initiative an Russland übergegangen. Dass ein Siegfrieden mit der Wiederherstellung der Grenzen beim Zerfall der UdSSR von 1992 eine Illusion ist, wird inzwischen von allen, die etwas von Krieg verstehen, eingeräumt. Genau deshalb erleben wir aber gerade jetzt, wie Scholz, Baerbock, Pistorius, Merz und Co. und die großen Medien von BILD bis ARD versuchen, die Moral an der „Heimatfront“ propagandistisch hochzupeitschen und den Kriegs-

treibern in Ampelparteien und Union freie Bahn zu gewährleisten. Von ihrer Couch rufen sie zum Kampf bis zum letzten Ukrainer auf.

Aber mit einem Weltbild, das auf einen einzigen Zeitpunkt und einen einzigen Sachverhalt geschrumpft ist – den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands am 24.2.2022 - und aus dem alles Weitere abgeleitet wird, blind für alles, was vorher und danach geschehen ist, lässt sich das Problem nicht lösen.

Angesichts der drohenden Niederlage Kiews nähern wir uns einem gefährlichen Kipppunkt: ohne Waffenstillstand und Verhandlungen bekommen jene Kräfte Oberwasser, die der Illusion anhängen, durch eine weitere militärische Eskalation doch noch zu ihrem Sieg zu kommen. Ex-Außenminister Joschka Fischer (Grüne) schwebt sogar der Zugriff auf Atomwaffen vor.

Es ist überfällig, den Forderungen der UNO und den Stimmen aus dem Globalen Süden zu Verhandlungen zu folgen. Wir fordern von der Bundesregierung eine Verhandlungsoffensive mit einem Waffenstillstand als erstem Schritt, im Weiteren die Beendigung von Waffenlieferungen. Um Moskau zu Verhandlungen zu bewegen, muss die Anerkennung legitimer Sicherheitsinteressen Russlands Teil eines Verhandlungsangebots sein.

Nie wieder ist jetzt! 24.2.2024

Ungerechte Kriege und ein gerechter Frieden

Kriege können viele und unterschiedliche Ursachen haben, aber besonders gefährlich und destabilisierend werden sie, wenn lokale Konflikte mit geopolitischen und geoökonomischen Aspekten verweben sind.

Brisante Überschneidungen zwischen dem Lokalen und dem Globalen

Die drei großen Kriege oder Konflikte, die derzeit stattfinden, zeigen, wie volatil die Überschneidung zwischen Lokalen und Globalen ist.

Im Hamas-Israel-Konflikt sehen wir, wie die Aufrechterhaltung des kolonialen israelischen Siedlerstaates mit der Bewahrung der globalen Hegemonie der USA verweben ist. Im Krieg in der Ukraine wurde ein blutiger Zermübrungskrieg zwischen zwei Ländern von Washingtons Vorstoß provoziert, die NATO auf ein Land der ehemaligen Sowjetunion auszudehnen.

Im Südchinesischen Meer werden wir Zeuge, wie Streitigkeiten um Territorium und natürliche Ressourcen durch die USA zu einem globalen Konflikt gemacht wurden, wie sie versuchen, an ihrer globalen Vorherrschaft auch gegenüber China festzuhalten, gegen das sie den geo-ökonomische Wettbewerb verlieren, auch wenn sie militärisch noch absolut überlegen sind.

Kurz gesagt, die Hauptursache für die globale Instabilität liegt heute in der Verschmelzung von Lokalem und de Globalem, von Geopolitik und der Geo-Ökonomie, von Imperium und Kapitalismus.

Gleichgewicht der Macht, Gleichgewicht des Terrors

Was die aktuellen Konflikte besonders brisant macht, ist die Tatsache, dass es keine wirksame multilaterale Autorität gibt, die eine friedliche Lösung durchsetzen könnte. In der Ukraine wird das militärische Kräfteverhältnis über den Ausgang des Krieges entscheiden, und hier scheint Russland gegenüber der Achse Ukraine-NATO-USA die Oberhand zu gewinnen.

Im Nahen Osten gibt es keine wirksame Autorität, die sich dem militärischen Koloss Israel/USA entgegenstellen könnte. Umso bemerkenswerter ist es, dass Israel trotz seines seit fast vier Monaten dauernden völkermörderischen Feldzugs sein wichtigstes Kriegsziel, die Vernichtung der Hamas, nicht erreicht hat.

Im Südchinesischen Meer bestimmt das machtpolitische Kräfteverhältnis zwischen China und den USA den Lauf der Dinge. Es gibt keine „Spielregeln“, sodass immer die Möglichkeit besteht, dass amerikanische und chinesische Schiffe, wenn sie aufeinander zuhalten, um dann im letzten Moment auszuweichen, doch einmal unabsichtlich zusammenstoßen. So ein Zusammenstoß kann zu einer höheren Form des Konflikts, wie einem konventionellen Krieg, eskalieren. Ohne wirksame Maßnahmen, die dem Hegemon und seinen Verbündeten von einer multilateralen Organisation auferlegt werden, kann diese leicht auf Genozid und Massenmord verfallen. Ob in Vietnam, im Irak, in Afghanistan oder im

Gazastreifen - die Genfer Konvention und die Konvention gegen Völkermord haben sich nur als Papier erwiesen.

Das Recht auf Selbstverteidigung

Da es keinen multilateralen Schiedsrichter gibt, der seinen Willen durchsetzen kann, kann nur die Entwicklung einer politischen, diplomatischen und militärischen Gegenmacht den Hegemon zurückhalten. Dies ist die Lektion, die die nationalen Befreiungskriege in Algerien und Vietnam die Welt gelehrt haben. Dies ist die Lektion, die uns der palästinensische Widerstand heute lehrt.

Deshalb müssen wir, wenn wir die imperialen Kriege des Hegemons verurteilen, zugleich das Recht der Völker auf bewaffnete Selbstverteidigung verteidigen.

Die Rolle der globalen Zivilgesellschaft

Das bedeutet nicht, dass friedensstiftende Bemühungen der globalen Zivilgesellschaft keine Rolle spielen sollten. Das tun sie. Ich erinnere mich noch daran, wie kurz vor dem Überfall auf den Irak die New York Times am 17. Februar 2003 einen Leitartikel veröffentlichte, in dem es als Reaktion auf die massive Mobilisierungen gegen die Invasion des Irak hieß, es gäbe nur noch zwei Supermächte in der Welt, und zwar die Vereinigten Staaten und die weltweite öffentliche Meinung, und dass der damalige Präsident George W. Bush die Welle des weltweiten Widerstands zum eigenen Schaden ignoriere.

Die globale Zivilgesellschaft trug zur Beendigung der Kriege in Afghanistan und im Irak bei, indem sie die Legitimität dieser Kriege in der US-amerikanischen Öffentlichkeit untergrub und sie so unpopulär machte, dass sogar Donald Trump sie anprangerte, jedenfalls im Nachhinein, ebenso wie viele Persönlichkeiten, die im US-Kongress für den Krieg gestimmt hatten.

Die jüngste Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, mit der Israel aufgefordert wurde, einen Völkermord im Gazastreifen zu verhindern, wird wahrscheinlich ähnliche Auswirkungen haben wie der Widerstand der globalen Zivilgesellschaft gegen die Invasion Bushs Jr. im Irak. Die Entscheidung des IGH mag keine unmittelbaren Auswirkungen auf den laufenden Krieg haben, aber sie wird langfristig die Legitimität des Siedlerkolonialismus‘ und der Apartheid untergraben und die Isoliertheit Israels vertiefen.

Ein gerechter Frieden

Wir sehen den Frieden oft als Idealzustand. Aber Friedensruhe ist kein Frieden. Ein Frieden, der um den Preis faschistischer Unterdrückung erkaufte wird, ist nicht nur nicht wünschenswert, sondern wird auch nicht von Dauer sein. Unterdrückte Völker wie die Palästinenser werden einen Frieden um jeden Preis ablehnen, einen Frieden, der um den Preis der Erniedrigung erkaufte wird. Wie sie in den 76 Jahren seit der Nakba, der massiven Vertreibung aus ihrem Land und ihrer Heimat, gezeigt haben, werden sich die Palästinenser nicht mit weniger zufrieden geben als mit einem gerechten Frieden, der es ihnen ermöglicht, ihr von den Israelis beschlagnahmtes Land zurückzuerhalten, einen sou-

veränen Staat „from the river to the sea“ zu errichten und sich mit Stolz zu erheben.

Die übrige Welt schuldet ihnen von ganzem Herzen Unterstützung bei der Verwirklichung eines solchen gerechten Friedens mit allen möglichen Mitteln, während wir uns gleichzeitig gegen die Kriege der Hegemonen in anderen Teilen der Welt einsetzen, die von ihnen geführt werden.

**Dieser Artikel basiert auf dem Beitrag des Autors auf der Sitzung über Frieden, Konflikte, Besetzungen, Vertreibung und Sicherheit, auf dem Weltsozialforum, 16. Februar 2024.*

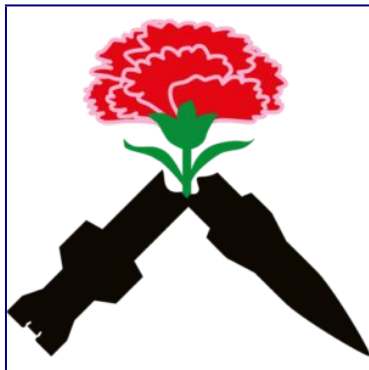
Walden Bello ist Ko-Vorsitzender des Vorstands von Focus on the Global South und außerordentlicher Professor für Soziologie an der State University of New York in Binghamton.

Übers. aus dem Englischen: Jacqueline Debeauvois /SiG-Red.

Quelle: Focus on the Global South:

<https://focusweb.org/unjust-wars-and-a-just-peace/>
Peace, Justice und Self-Determination for Palestine: Oppose occupation, Apartheid, and Genocide; ceasefire now!, Statement by [Focus on the Global South](#) at the World Social Forum, Kathmandu, Nepal

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!



Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. [Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen](#). Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht

zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

Hier unterschreiben: [Gewerkschaften gegen Aufrüstung | \(gewerkschaften-gegen-aufruestung.de\)](#)

Frank Bernhardt: Deutsche Gewerkschaften angesichts der neuen (Vor-)Kriegslage

Gewerkschaften entstanden einmal als international ausgerichtete Bewegungen. Der Kampf gegen Kriegstreiber und Kriegsgewinnler hatte bei ihnen höchste Priorität. „Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter“ lautete die Losung, an die jüngst die oppositionelle Verdi-Initiative „Sagt nein!“ (<https://www.sagthein.de/>) erinnerte – wobei diese sich gleichzeitig der neuen Lage bewusst war, in der der national ausgerichtete DGB genau das Gegenteil, nämlich die Unterstützung von Kriegsvorbereitung und Frontbildung betreibt. Mit dem Resultat: [An der Heimatfront – die Reihen fest geschlossen!](#)

„[Unglaublich, aber wahr](#)“ hieß es dazu im Gewerkschaftsforum: Die IG Metall, eine der stärksten Gewerkschaften, setzt sich nicht machtvoll für Arbeiterinteressen ein, sondern gemeinsam mit Industrievertretern und der Kanzlerpartei dafür, dass in Deutschland ein machtvoller Ausbau der Rüstungsindustrie erfolgt. Mehr: [Gewerkschaftsforum](#)

Andreas Seifert, IMI : [Schulterschluss Rüstung](#) Zum Positionspapier von IG Metall, SPD-Wirtschaftsforum und BDSV

In der Mobilisierung von noch mehr Geld meldet sich eine neue Troika zu Wort: Gewerkschaft (IGM), Kapital (BDSV) und Lobbyverband (SPD-Wirtschaftsforum) fordern gemeinsam, man dürfe nicht nachlassen noch mehr Ressourcen in die heimische Rüstung zu pumpen. Mit einem gemeinsamen Positionspapier „Souveränität und Resilienz sichern – Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ ging man am 9. Februar 2024 an die Presse. Tenor des 12-seitigen Papiers: Wir sehen, dass die Bundesregierung (endlich) in die Rüstung investiert, aber es ist nicht genug und es wird zu wenig in deutsche Unternehmen gesteckt. Deutschland droht seine Kompetenzen in der Rüstung zu verlieren und damit gehen Arbeitsplätze verloren. [...]

Mehr: [imi-online](#)

Friedenskonferenz und Sicherheitskonferenz München

In München tagten am Wochenende vom 16.-18. Februar 2024 zwei internationale Konferenzen.

Ukraine und Nahost bestimmten die inhaltliche Auseinandersetzung der Konferenzen.

Die Münchner Friedenskonferenz <https://friedenskonferenz.info> ist die gewaltablehnende Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) <https://securityconference.org>, die in diesem Jahr das militärische Sicherheitsdenken forcierte. So beispielsweise Bundeskanzler Scholz am Samstag in seinem [Redebeitrag](#), der an die militärische Stärke appellierte und zu Friedenslösungen keine Worte fand.

Bericht über die Münchner Friedenskonferenz

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern:

Palästina /Israel

Robi Damelin und Bassam Aramin von der israelisch-palästinensischen Friedensorganisation [Parents Circle](#) schufen in ihrem Grußwort am Freitagabend eine Verbindung zum Thema "Wohin treibt Europa?", indem sie davor warnten, den Krieg und den zugrundeliegenden Konflikt in andere Länder zu "importieren". Weiterhin mahnten sie, sich nur dann in den Konflikt einzumischen, wenn dadurch konstruktive und versöhnliche Absichten verfolgt werden. Veteranen für Versöhnung **Rotem Levin und Osama Illi-wat** von der israelisch-palästinensischen Friedensorganisation [Combatants for Peace](#) betonten in ihrem bewegenden Workshop am Sonntagvormittag besonders die Notwendigkeit der Aufklärung, des Dialogs und des persönlichen Kontakts. ...

"Wohin treibt Europa?"

Zum Themenkomplex "Wohin treibt Europa" waren die belarussische Menschenrechtsaktivistin **Olga Karach**, der Publizist und Diplomat a.D. **Michael von der Schulenburg** und die irische Europaabgeordnete **Clare Daly** eingeladen. Zur Sprache kamen der mangelnde Schutz der Menschenrechte in Europa, insbesondere des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und Asyl für Kriegsdienstverweigerer, die Abkehr von den internationalen Normen, die durch die UN-Charta etabliert wurden, sowie die fortschreitende Militarisierung der EU. Kontrovers diskutiert wurden a) der UN-Atomwaffenverbotsvertrag, den Herr von der Schulenburg als im Grunde nebensächlich charakterisierte, da seiner Einschätzung nach die Atomkräfte sich darauf nicht einlassen werden.

b) die Beurteilung der Verantwortung für die Kriege in der Ukraine und in Israel und Palästina auf allen Seiten. ([Video](#) von 2,5 Stunden)

Militarismus und Kapitalismus

Während am Freitagabend viel Kritik an den herrschenden Verhältnissen in Europa geübt wurde, zielte das Thema des Samstagabendprogramms darauf ab, alternative und konstruktive Konzepte vorzustellen. Eingeladen waren dazu die Referenten **Prof. Dr. Olaf Müller, Dr. Boniface Mabanza Bambu und Prof. Dr. Yanis Varoufakis**. Sie sprachen über das Konzept des pragmatischen Pazifismus, den Blick des "Globalen Südens" auf die Handels- und Außenpolitik rei-

cher Industrienationen sowie die Bewegung der blockfreien Staaten als Alternative zur Blockbildung und Konfrontation der Supermächte. ([Video](#), 3 Stunden)

Vollständiger Bericht: [dfg-vk-bayern](#)

Presseschau: <https://friedenskonferenz.info/presseschau>

Berichte über Münchner Sicherheitskonferenz

MSC-Beobachtungsberichterstattungen von **Ralf Becker**, Koordinator von *Sicherheit neu Denken*

Ralf Becker bezeichnet die MSC 2024 als Hochamt militärischer Sicherheitslogik mit dämmernder Ratlosigkeit. Er zitiert die Aussage des Vorsitzenden der MSC, Botschafter Christoph Heusgen, auf der vorangehenden Pressekonferenz, die das gesamte Treffen präge. „Die transatlantischen Partner haben keine andere Wahl, als mehr in Verteidigung und militärische Abschreckung zu investieren und gleichzeitig Kooperation zum gegenseitigen Nutzen stärker auf politisch gleichgesinnte Staaten zu beschränken“

Der globale Süden wehre sich selbstbewusst gegen westliche Vereinnahmung. Eine ehemalige Außenministerin Pakistans habe wie mehrere Friedensaktivist*innen aus Israel und anderen Teilen der Welt in den interaktiven Debatten betont, dass weitere Aufrüstung keine der weltweit dringenden Herausforderungen löst, sondern deren Lösung entscheidend erschwert. Auf weitere interessante Redebeträge geht Becker zusammenfassend ein.

Über Debatten um konstruktive Konfliktlösungen schreibt Becker: „Neben hochkompetenten Austausch zahlreicher afrikanischer Vertreter*innen zur konstruktiven Bearbeitung von Konflikten in Afrika und dazu hilfreicher Unterstützung habe er zu seiner Überraschung durchgehend einen sehr hochwertigen, fast idealen Dialog zum Israel-Palästina-Konflikt erlebt.“

Einer selbstkritischen Reflektion eigener Anteile des Westens an der gewaltvollen Konflikteskalation in der Ukraine war während der MSC nicht zu beobachten. Botschafter Heusgen betone immerhin in der Pressekonferenz, dass der Ukrainekrieg nur durch Verhandlungen zu beenden sei, die sich an den Abkommen von Minsk orientieren könnten. (vollständiger Bericht: [mskveraendern.de](#))

Matthias Linnemann, Projektgruppe Münchner Sicherheitskonferenz verändern e.V.

Matthias Linnemann schließt seinen Bericht mit einem persönlichen Fazit ab: „Die Sicherheitskonferenz ist keine Friedenskonferenz. Sicherheit meint hier nicht unbedingt die Sicherheit von „normalen Menschen“. Es geht um die militärische Absicherung des westlichen Geschäftsmodells.“

Dieses Geschäftsmodell wird mit Blick auf die aufstrebenden Staaten außerhalb der westlichen Hemisphäre aber nicht dauerhaft funktionieren. Die Reaktion des Westens darauf ist allerdings nicht der Dialog, sondern die Konfrontation. Und für mehr Konfrontation werden mehr Waffen benötigt. [...]

Wenn die MSC nicht so stark an die USA und die NATO angelehnt wäre, könnte sie eine ernstzunehmende Moderationsrolle unter Einbeziehung Chinas und auch Russlands spielen. Was wäre das für eine Schlagzeile, wenn am Rande der MSC ein Waffenstillstand in der Ukraine oder in Gaza ausgehandelt worden wäre. Dazu fehlt den MSC-Verantwortlichen nach meinem Eindruck aber die Vision. Und vermutlich auch der Mut.“ (Vollständiger Bericht: mskveraendern.de)

UN-Generalsekretär Guterres eröffnet Münchner Sicherheitskonferenz am Freitag (16.02.) mit dringendem Aufruf zum Frieden: [Rede \(O-Ton\) von Guterres: Aus dem Bericht der UNRIC über die MSC-Eröffnungsrede vom 16.02.24](#) :

Die heutige globale Ordnung funktioniert nicht für alle, erläuterte Guterres. „Tatsächlich würde ich sogar noch weiter gehen und sagen: Sie funktioniert für niemanden.“ Die globale Lage beschreibend sagte Guterres, dass die Welt vor existenziellen Herausforderungen stehe, aber die Weltgemeinschaft so fragmentiert und gespalten sei, wie sie es in den letzten 75 Jahren nicht gewesen sei. [...] „Wenn Staaten ihren Verpflichtungen der UN-Charta nachkämen, würde jeder Mensch auf der Erde in Frieden und Würde leben können“, erklärte er. [...] Nichts könne die skrupellosen Angriffe der Hamas vom 7. Oktober rechtfertigen, betonte Guterres vor Staats- und Regierungschefs aus aller Welt in München. Und nichts könne die kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes durch Israels militärische Antwort rechtfertigen. [...]

„Eine umfassende Offensive auf die Stadt Rafah wäre verheerend für die palästinensische Zivilbevölkerung, die bereits am Rand des Überlebens“ stünde, mahnte Guterres in seiner Rede vor den hochrangigen Konferenzteilnehmenden.

„Ich habe wiederholt die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln und einen humanitären Waffenstillstand gefordert“. Dies müsse die Grundlage für konkrete und unumkehrbare Schritte in Richtung einer Zweistaatenlösung bilden, die auf den Resolutionen der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht beruhe.

Über die Befassung mit den unmittelbaren Krisen wie in der Ukraine, dem Sudan oder Libyen hinaus, müsse die Weltgemeinschaft die globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur stärken, um den heutigen Bedrohungen und Herausforderungen, wie der Klimakrise, künstlicher Intelligenz oder Cyberwaffen, begegnen zu können, appellierte Guterres weiter. [...]

Gustavo Petro. der Präsidenten Kolumbiens, bemängelt beim Eröffnungspanel *Growing the Pie: A Global Order That Works for Everyone* die Missachtung von UN-Friedensentscheidungen.

Zum ersten Mal wurde ein südamerikanischer Präsident eingeladen. Er wirbt für soziale Gerechtigkeit und kritisiert den kriegerischen Sicherheitsansatz des Globalen Nordens. Er betonte die Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit für den Aufbau des Friedens auf globaler Ebene. Die Macht des Gemeinwohls auf globaler und nicht nur auf nationaler Ebene müsse gestärkt werden. Das bedeute "eine Veränderung der Machtverhältnisse".

Auf die Frage des Leiters der Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, wie Kolumbien für den inneren Frieden gearbeitet habe, antwortete Petro: "Was sich bewährt hat, ist die soziale Gerechtigkeit, der Abbau der Ursachen für wirtschaftliche Ungleichheit". [...] Der seit 75 Jahren andauernde bewaffnete Konflikt in Kolumbien sei darauf zurückzuführen, dass das Land eines der ungleichsten der Welt sei, so Petro. (amerika21)

Kognitive Kriegsführung

Neueste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO

JONAS TÖGEL

SPIEGEL Bestseller

WESTEND

KOGNITIVE KRIEGSFÜHRUNG

Der Propagandaforscher Jonas Tögel von der Universität Regensburg hat sich eingehend mit der NATO befasst. Während für viele von uns Krieg immer noch etwas sehr Physisches ist, eine Auseinandersetzung auf dem Schlachtfeld, sind die politisch Verantwortlichen längst viel weiter, auch und vor allem bei der NATO. Tögel zitiert aus einem ihrer Dossiers: „Die Kognitive Kriegsführung könnte das fehlende Element sein, das den Übergang vom militärischen Sieg auf dem Schlachtfeld zum dauerhaften politischen Erfolg ermöglicht. [Nur] die Menschliche Sphäre (Human Domain) kann den endgültigen und vollständigen Sieg erringen.“ In seinem Buch *Kognitive Kriegsführung* beschreibt Jonas Tögel, wie die NATO Manipulationstechniken als Waffengattung entdeckt hat und ihre Entwicklung forciert. Tögel schlägt einen Bogen vom Beginn der moderner Kriegspropaganda vor 100 Jahren über die Militarisierung der Neurowissenschaften bis hin zu Zukunftstechnologien wie Nano-Robotern oder Neurowaffen. Keine Dystopie, sondern erschreckende Realität – der Gedankenkrieg findet über sogenannte „Soft-Power-Techniken“ bereits heute (meist unbemerkt) statt. (Westend-Verlag, 2023)

Erklärung von La France Insoumise

Frankreich muss die Führung des Friedenslagers übernehmen

7. März 2024 - Für heute hat der Präsident der Republik die Vertreter der wichtigsten politischen Gruppierungen zu einem Austausch über die internationale Lage eingeladen. Besorgt über die Zunahme von "va-t'en guerre"-Erklärungen (kriegsbegeisterten Erklärungen) wird La France Insoumise an diesem Treffen teilnehmen, um das Wort des Friedenslagers in der Ukraine, wie auch in anderen Konflikten auf der Welt, zu verbreiten. Frankreich muss auf der Seite der Lösungen stehen, nicht auf der Seite der Probleme.

Ukraine

La France Insoumise verurteilte von Anfang an die russische Invasion in der Ukraine, die einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. In diesem Zusammenhang haben wir die internationalen Initiativen zur Unterstützung des ukrainischen Volkes unterstützt. Wir stimmten der Notlieferung von Ausrüstung und Waffen zu, um den Erfolg der Invasion zu verhindern. Wir bestehen darauf, dass dadurch unsere eigenen Verteidigungsfähigkeiten nicht gefährdet werden, dass dies keine Gefahr einer Eskalation durch ihren Einsatz gegen das Territorium Russlands nach sich zieht, und dass das Parlament beauftragt wird, über die zu verfolgende Politik zu entscheiden.

Doch das Risiko einer Eskalation mit einer hochgerüsteten Atommacht macht jede militärische Lösung des gegenwärtigen Konflikts illusorisch. Sturheit in dieser Sackgasse bedeutet nur noch mehr Tote (sowohl Ukrainer als auch Russen) und birgt unermessliche Gefahren. Es droht eine Eskalation hin zu einem ausgedehnten Krieg oder möglichen regionalen Umweltkatastrophen, wie sie die Zerstörung des Kachowka-Staudamms und die Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Saporischschja befürchten wurden.

Die Suche nach einer diplomatischen Lösung des Konflikts ist der einzig realistische Weg. Wir bedauern, dass Frankreich auf eine Vermittlerrolle zwischen den beiden Konfliktparteien verzichtet hat. Zumindest sollte Frankreich die Vermittlungsinitiativen unterstützen, die bereits von der Türkei, Indien, China, den afrikanischen Staatschefs oder dem Vatikan ergriffen wurden. Ein erster Schritt könnte darin bestehen, eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen in die Nähe der ukrainischen Atomkraftwerke zu schicken. Wir hatten dies im Rahmen des jüngsten Präsidentschaftswahlkampfes vorgeschlagen. Das ukrainische Parlament hat es im März 2022 offiziell beantragt. Es könnte anschließend zu Friedensverhandlungen führen, die eine Diskussion über die Einrichtung gegenseitiger Sicherheitsgarantien einschließen könnten. Daraus könnte sich die Organisation einer Grenzkonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ergeben, die im Rahmen der OSZE oder eines anderen Ad-hoc-Gremiums durchgeführt wird, das an die Veränderungen der internationalen Ordnung angepasst ist.

Wir warnen vor gefährlichen Scheinlösungen:

• **Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO wäre schädlich.** Sie würde die Gefahr einer Eskalation verschär-

fen und jede Chance auf eine friedliche Beilegung des Konflikts verhindern, indem sie auf eine seiner Ursachen zurückgeworfen würde.

• **Ein Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union ohne vorherige steuerliche, soziale und ökologische Harmonisierung hätte äußerst nachteilige Folgen** für alle unsere Wirtschaftssektoren, angefangen bei unserer Landwirtschaft, und für das reibungslose Funktionieren der Europäischen Union.

• **Schließlich sollte der Wiederaufbau der Ukraine nicht im Rahmen von Krediten erfolgen, die von der Umsetzung einer neoliberalen Politik abhängig gemacht werden,** sondern durch konkrete Solidaritätsmaßnahmen, angefangen mit dem Erlass der ukrainischen Auslandsschulden.

Aus all diesen Gründen **lehnen wir die Erklärungen des Präsidenten der Republik über die Möglichkeit der Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine entschieden ab.** Diese Erklärung verschärft die Gefahren. Sie würde eine absurde Situation des Schulterchlusses im Krieg schaffen. Sie schwächte die Stimme Frankreichs in Anbetracht der kategorischen Ablehnung, die mit uns verbündete Länder zum Ausdruck gebracht haben.

Naher Osten

Nach mehr als 30.000 Toten und der Anerkennung der Gefahr eines Völkermordes durch den Internationalen Gerichtshof **hat die französische Regierung endlich beschlossen, die israelischen Militäroperationen zu verurteilen und zu einem Waffenstillstand aufzurufen.** Leider haben die anfängliche bedingungslose Unterstützung der israelischen Regierung, die unberechenbaren Positionswechsel je nach Gesprächspartner, der seltsame Vorschlag, sofort eine Koalition nach dem Vorbild der Koalition gegen Daech zu bilden, und der doppelte Standard bei den Verurteilungen die Stimme Frankreichs stark beeinträchtigt.

Nun ist es höchste Zeit, den Worten Taten folgen zu lassen. **Wir fordern, dass die Europäische Union Sanktionen gegen Personen und Organisationen verhängt, die gegen das Völkerrecht verstoßen, das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel aussetzt und ein Embargo für Waffenlieferungen an die israelische Armee einführt.** Diese Maßnahmen sind die beste Prävention und Abschreckung gegen die Fortsetzung der Massaker und der andauernden Belagerung. Die Situation erfordert auch eine äußerst starke symbolische Geste: **Frankreich muss den Staat Palästina anerkennen** und sich für eine Anerkennung durch die gesamte Europäische Union einsetzen. **Es muss seine Maßnahmen zur Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das eine entscheidende Rolle spielt, fortsetzen.**

Schließlich **muss Frankreich aktiv die Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Gaza, die Freilassung der noch von der Hamas festgehaltenen Geiseln sowie die Freilassung der palästinensischen politischen Gefangenen unterstützen.** Dieser Waffenstillstand darf nicht nur

vorübergehend sein; er muss die unabdingbare Voraussetzung für die Wiederaufnahme eines Friedensprozesses im Nahen Osten sein. In diesem Zusammenhang **erinnern wir daran, dass es keine andere Grundlage für eine endgültige und friedliche Lösung dieses Konflikts gibt als die der UN-Resolutionen und des Völkerrechts.** Dies erfordert einen endgültigen Stopp des Siedlungsbaus und den Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus allen besetzten Gebieten.

Darüber hinaus **besteht aufgrund der Lage in Gaza und des von der Regierung Netanjahu angekündigten Plans die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts, ganz besonders auf den Libanon.** Frankreich kann das Schicksal des Libanon, eines befreundeten Landes, in dem französische Streitkräfte im Rahmen der Vereinten Nationen präsent sind, nicht gleichgültig sein. Die Signale aus dem Staat Israel, dass bis zum Ende des Frühjahrs eine israelische Militäroperation in der Region durchgeführt werden könnte, sind sehr besorgniserregend. **Frankreich muss eine konzertierte diplomatische Aktion mit anderen Staaten unternehmen, um eine solche Operation zu verhindern.** In diesem Zusammenhang sind wir besorgt über Berichte, wonach die diplomatischen Bemühungen Frankreichs im Libanon von den Vereinigten Staaten vereitelt werden, und wir bitten den Präsidenten der Republik um eine Klarstellung. Wir akzeptieren nicht die Absage der ursprünglich für den 27. Februar geplanten Konferenz zur Unterstützung der libanesischen Armee. Wir fordern, dass Frankreich der libanesischen Armee dabei hilft, ihre Aufgaben, den Fortbestand ihrer Südgrenze zu gewährleisten, erfüllen zu können.

Armenien

Wir sind alarmiert über das von Aserbaidschan geäußerte Vorhaben, militärische Maßnahmen gegen armenisches Territorium zu unternehmen, um die Schaffung des "Zangezur-Korridors" zu erreichen. **Jede militärische Aggression sowie jeder Druck, den Aserbaidschan auf Armenien ausübt, muss von Frankreich und der Europäischen**

Union entschieden und unnachgiebig verurteilt werden. Ebenso muss das laufende Unternehmen, die armenische Präsenz in Berg-Karabach vollständig auszulöschen, verurteilt werden.

Daher **fordern wir die sofortige Aussetzung der Vereinbarung über eine strategische Partnerschaft im Energiebereich zwischen der Europäischen Union und Aserbaidschan,** solange die aserbaidischen Behörden nicht auf ihre Drohungen gegen die territoriale Integrität Armeniens verzichten und das Recht auf sichere Rückkehr der Armenier, die dies wünschen, sowie deren Rechte und Freiheiten garantieren.

Demokratische Republik Kongo

Wir verurteilen die von der Bewegung des 23. März (M23) begangenen Gräueltaten im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) aufs Schärfste. Sie schüren wieder einen Krieg in einer Region, in der seit den beiden schrecklichen Konflikten, die zwischen 1996 und 2003 Millionen von Menschenleben forderten, weiterhin Unsicherheit herrscht und in der es bis heute sieben Millionen Binnenvertriebene gibt. Wir erinnern daran, dass die M23 nach Angaben der Vereinten Nationen und aller Beobachter von der aktiven Unterstützung der Republik Ruanda profitiert, die auf diese Weise das demokratische Leben der DRK stören und ihre Souveränität und territoriale Integrität in Frage stellen will. Daher **müssen insbesondere Frankreich und die Europäische Union unverzüglich jegliche militärische Zusammenarbeit mit der Republik Ruanda einstellen.**

Original auf französisch: [lafranceinsoumise.fr](https://www.lafranceinsoumise.fr)

Übersetzung: SiG-Redaktion

Zur Friedenspolitik von LFI:

<https://laec.fr/chapitre/13/une-diplomatie-altermondialiste-pour-la-paix>

<https://melenchon2022.fr/livrets-thematiques/paix/>
<https://melenchon2022.fr/livrets-thematiques/defense/>

Christoph Marischka (IMI) : Sicherheitsstrategie Frankreichs

15.11.2022 - Am 9. November 2022 veröffentlichte das Französische Verteidigungsministerium seine neue Sicherheitsstrategie (<https://www.sgdsn.gouv.fr/publications/revue-nationale-strategique-2022>). Es wird einerseits in einer ökonomistischen Sprache ganz generell von einem strategischen Wettbewerb zwischen Blöcken und Staaten ausgegangen, der aber – so wird an verschiedenen Stellen formuliert – in eine offene Konfrontation übergegangen sei. Damit ist auf der einen Seite natürlich im herkömmlichen militärischen Sinne der Krieg in der Ukraine gemeint. Zugleich findet sich die Formulierung des Übergangs in eine Konfrontation jedoch auch im expliziten Hinblick auf die Sahel-Region und den Pazifik und mit Bezug auf China – wo ja bislang noch keine offenen militärischen Konfrontationen bestehen.

Vermittelt wird dieser latente Kriegszustand über die vermeintliche hybride Kriegführung, die von China und Russland ausgehe und Frankreich, NATO und EU zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zwingt. Zugleich wird in dem Dokument jedoch deutlich, dass diese Hybridität längst, aber nicht explizit, auch die französische Außenpolitik prägt. So wird bereits in

Absatz elf ganz allgemein „Einfluss“ als „strategische Schlüsselfunktion“ definiert, die es ermöglichen soll „französische Interessen durchzusetzen und den Handlungen unserer Wettbewerber (compétiteurs) im gesamten Spektrum der Hybridität entgegenzuwirken“. Wohlgemerkt beziehen sich diese Äußerungen nicht auf die Landes- und Bündnisverteidigung, sondern auf (Groß-)Regionen wie Afrika, den Pazifik und explizit auch die Ukraine. Eine zentrale Rolle spielen für diesen globalen Machtanspruch, der in Verbindung mit dem proklamierten Übergang in eine offene Konfrontation eigentlich eine globale Kriegserklärung ist, außerdem die französischen Überseegebiete, die vielfach erwähnt werden. In Absatz 67 wird [...] aus der „geografischen Lage einiger unserer Territorien in diesen Regionen“ eine Notwendigkeit und „besondere Legitimität“ begründet, „dort präsent und in allen Domänen aktiv zu sein“. [...] Dass zum hybriden Spektrum [...] auch das Militär gehört, wird an verschiedenen Stellen explizit hervorgehoben. [...] Entsprechend wird die Aufrechterhaltung einer „robusten und glaubwürdigen nuklearen Abschreckung“ [...] zum ersten von zehn strategischen Zielen ernannt. - Mehr: [IMI-Online](https://www.imi-online.org)

Atomwaffenfrei!



Atomwaffen unvereinbar mit den Menschenrechten

Presseerklärung zum Internationalen Tag der Menschenrechte
Nicht erst der Einsatz von Atomwaffen verletzt die Menschenrechte, sondern bereits die Doktrin der nuklearen Abschreckung. Das ergibt sich aus der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte«, die vor 75 Jahren, am 10. Dezember 1948, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde.

Die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt« fordert die Bundesregierung auf, ihren Verpflichtungen aus dem Völkerrecht, nicht zuletzt der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte«, nachzukommen, die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen auf dem Fliegerhorst Büchel zu beenden und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

<https://www.atomwaffenfrei.de>

Ingeborg Schellmann: Seit Hiroshima und Nagasaki erhoben sich viele Stimmen des Friedens, die heute vergessen sind und nicht mehr erwähnt werden

Noch vor Hiroshima warnten Wissenschaftler vor dem Abwurf der Atombombe.

Am **11. Juni 1945** sprachen sich amerikanische Wissenschaftler in einem Brief, dem **Franck-Report**, an den US-amerikanischen Kriegsminister Stimson gegen die Anwendung der Atombombe gegen Japan aus. Amerika würde „den Beistand in der Welt verlieren“ und „das Wettrüsten heraufbeschwören“.

Kaum noch in Erinnerung das **Buch: „Heller als tausend Sonnen“ von Robert Jungk**, in dem er die enge Verbindung von Wissenschaftler und Militär skandalisiert. „Es ist ein Klassiker der politischen Literatur und "eine Geschichte wirklicher Menschen" (Carl Friedrich Frhr. von Weizsäcker), die im Sommer 1939 noch in der Lage gewesen waren, den Bau von Atombomben zu verhindern, und die Chance ungenutzt vorbeigehen ließen - weil sie der bedrohlichen neuen Erfindung moralisch und politisch nicht gewachsen waren.“

Nicht zu vergessen die **Göttinger Erklärung 1957**, in der sich renommierte Wissenschaftler gegen eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr – wie vom damaligen Bundeskanzler Adenauer geplant aussprachen.

In der Literatur sind **Friedrich Dürrenmatt** (Die Physiker) und **Max Frisch** (Die chinesische Mauer) zu nennen. Dürrenmatt begreift die Welt als Irrenhaus, Frisch nennt sein Bühnenstück „eine Parodie auf unser Bewusstsein, eine Farce des Inkommensurablen“ des nicht Vergleichbaren und Vereinbaren. **Günter Anders** warnt vor dem Unvorstellbaren des totalen Nichts: „Wir müssen es mindestens versuchen, das Nichts auch vorzustellen.“ (Günter Anders, Die Antiquiertheit des Menschen).

„Aufklären ist das Begreifen der Unbegreiflichkeit. Sie nötigt uns den Respekt ab vor der Kompliziertheit des Lebens, also vor seiner Kostbarkeit. Wir müssen das Leben als Grund und Ziel der Evolution achten – nicht obwohl, sondern weil wir es nicht begreifen. Daraus erwächst für mich ein neuer Humanismus“ (Friedrich Dürrenmatt).

Der Tarnkappenjet F-35A ist für Atombomben zertifiziert

15 März 2024

BÜCHEL/WASHINGTON (Eigener Bericht) – Die deutsche Luftwaffe begrüßt die kürzlich bekannt gewordene Zertifizierung des US-Kampfbjets F-35A für den Einsatz der künftig auch in Deutschland lagernden US-Atombomben B61-12. Die Zertifizierung sei „wichtig für unsere Beschaffung“ des F-35A, erklärt die Truppe. Die Bundesregierung hat 35 Exemplare des US-Tarnkappenjets bestellt, um mit ihm gegebenenfalls US-Kernwaffen im Rahmen der nuklearen Teilhabe einsetzen zu können. Der Kaufpreis wird auf gut zehn Milliarden Euro geschätzt. Die gegenwärtig modernsten Bomben B61-12 können präzise gesteuert werden, lassen sich auch mit geringerer Sprengwirkung einsetzen und nähren die Illusion, einen begrenzten nuklearen Schlagabtausch führen zu können; damit reduzieren sie Hemmungen gegenüber dem Einsatz von Kernwaffen und erhöhen so die Gefahr eines Atomkriegs. Wann sie die älteren Modelle in Büchel ersetzen sollen, ist nicht bekannt. [...]

Die Bestätigung der Zertifizierung des F-35A für die künftig auch in Büchel eingelagerten US-Atombomben des Typs B61-12 erfolgt zu einer Zeit, zu der in den Vereinigten Staaten eine

Debatte über die Wiederaufnahme von Kernwaffentests beginnt. In Fachkreisen, die sich mit Fragen der nationalen Sicherheit befassten, werde neuerdings über angebliche „Vorzüge“ unterirdischer oder sogar oberirdischer Nukleartests diskutiert, heißt es in der aktuellen Ausgabe der renommierten US-Fachpublikation Bulletin of the Atomic Scientists.[7.3.2024] Stritten Regierungsmitarbeiter aller drei großen Atomkräfte offiziell auch ab, Tests zu planen, so gebe es Hinweise, die auf das Gegenteil hindeuteten. So würden zur Zeit Baumaßnahmen auf den großen Nukleartestgeländen in Russland und China, aber auch in den USA registriert.[thebulletin.org 07.03.2024] Die Vereinigten Staaten dürften zumindest unterirdische Tests durchführen: Sie haben den Kernwaffenteststoppvertrag aus dem Jahr 1996, der nicht nur oberirdische, sondern auch unterirdische Atomtests verbietet, niemals ratifiziert. Russland wiederum hat im November, um gegebenenfalls mit eigenen Tests antworten zu können, seine Ratifizierung des Vertrages zurückgezogen. Präsident Wladimir Putin hat angekündigt, falls die USA einen Atomwaffentest durchführen sollten, behalte Russland es sich vor, es ihnen gleichzutun.

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9514>

Ingeborg Schellmann Johan Galtung

„Frieden ist eine revolutionäre Idee: dass der Frieden mit friedlichen Mitteln erreicht werden soll, definiert diese Revolution als gewaltfrei. Sie findet immer statt: unsere Aufgabe ist es, ihren Umfang und ihr Gebiet zu vergrößern. Diese Aufgaben sind unermesslich: die Frage ist, ob wir ihnen gewachsen sind.“ Johan Galtung

Am 17. Februar 2024 starb Johan Galtung im Alter von 93 Jahren. Eine zentrale Stimme der Friedens- und Konfliktforschung und der Friedensvermittlung schweigt. Er zeigte Wege auf, wie Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen sind. Sein Rat und sein Wort wären heute hilfreich, wenn allseits zum Krieg gerüstet wird und die Stimmen des Friedens geschmäht und diffamiert werden. Wenn in diesen Tagen Waffen die einzigen Mittel der Konfliktlösung sein sollen, wenn selbst die Gefahr eines atomaren Kriegs kein Innehalten bewirkt, könnten seine Gedanken und Vorschläge einen Weg in eine friedliche Zukunft bereiten.

Sein Leben und Wirken

Johan Galtung war norwegischer Soziologe, Politiker und Mathematiker. 1956 erwarb er den Grad *can. real.* in Mathematik an der Universität Oslo und 1957 den höheren Forschungsgrad *mag. art.* in Soziologie. Er war Professor für Friedensstudien an Universitäten auf der ganzen Welt, darunter Columbia (New York), Oslo, Berlin, Belgrad, Paris, Santiago de Chile, Buenos Aires, Kairo, Sichuan, Ritsumeikan (Japan), Princeton, Hawai'i, Tromsø, Bern, Alicante (Spanien) und an Dutzende anderen auf allen Kontinenten. In Deutschland hatte er 1973 die Carl-von-Ossietzky-Gastprofessur für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Bonn inne und war 1982/1983 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin, dessen Stil und Organisation er im Anschluss öffentlich kritisierte. Tausende von Menschen unterrichtet er und motiviert sie, ihr Leben der Förderung des Friedens und der Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse zu widmen. 1959 gründete er das **International Peace Research Institute** (PRIO) in Oslo, das weltweit erste akademische Forschungszentrum mit Schwerpunkt auf Friedensstudien, sowie 1964 die einflussreiche **Zeitschrift für Friedensforschung**. Mit vielfachen Ehrendoktorwürden und dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet war er ein weltweit anerkannter Friedens- und Konfliktforscher. Als international anerkannter Mediator vermittelte er mit seiner Methode zur Konflikttransformation, der **TRANSCEND Methode**, in über 150 internationalen Konfliktsituationen, so in Dänemark im Falle der Mohammed-Karikaturen, in Sri Lanka, Afghanistan, Nordkaukasus und Ecuador wie auch für verschiedene UN-Organisationen. Im Jahr 1992 gründete er **TRANSCEND International**, ein Netzwerk für Frieden, Entwicklung und Umwelt mit mehr als 500 Mitgliedern und in mehr als 70 Ländern. **TRANSCEND** vernetzt Mediatoren, Journalisten, Akademiker sowie Praktiker anderer Disziplinen im Bereich der Friedensarbeit weltweit. 2000 gründete er die **TRANSCEND Peace University**, die weltweit erste Online-Universität für Friedensstudien und 2008 die **TRANSCEND University Press**.

In mehr als 170 Büchern zum Thema Frieden und verwandten Themen und in mehr als 1700 Artikeln sind seine Gedanken zur Friedensforschung, zu Menschenrechten, zu Grundbedürfnissen, zu Entwicklungsstrategien, zur Zivilisationstheorie, zum Föderalismus, zur Globalisierung, zur Diskurstheorie, zum Friedensjournalismus, zu Frieden und Religionen, sowie zu Zukunftsvisionen nachlesbar. «Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung», und «Frieden mit friedlichen Mitteln» zählen zu seinen bedeutendsten Büchern.

TRANSCEND – die Methode, Frieden zu finden

TRANSCEND im Sinn von Galtung lehrt die Konfliktparteien, sich von ihrem Standpunkt zu lösen, um sich so ein objektives Bild des Konflikts machen zu können. Über drei Phasen – der Lösung des Konfliktgrunds, der Behebung / dem Ausgleich der entstandenen Schäden – wenn möglich – und der Versöhnung der Streitparteien soll ein befriedeter Zustand hergestellt werden. Frieden im Sinn vom **TRANSCEND** heißt die Fähigkeit entwickeln, einen Konflikt mit Empathie, Gewaltfreiheit und Kreativität anzugehen. Frieden heißt, den Konflikt ergründen: die Einstellungen/ Annahmen der Konfliktparteien, ihr Verhalten und ihre Widersprüche erkennen. Galtung nennt es das ABC-Dreieck. Die Wurzel eines Konflikts liegt in einem Widerspruch zwischen Zielen, die miteinander unvereinbar sind. Alle drei Ecken – Einstellungen, Verhalten und Widersprüche – stimulieren einander bis sich die Parteien zu Freund und Feind polarisieren, die einen makellos und ohne Fehl, die anderen dämonisch, heimtückisch und niederträchtig. Die Rationalität verdampft und die Tiefenkultur mit vorgefertigten Polarisationen übernimmt die Herrschaft. Tief – so Galtung – bedeutet unterbewusst und unter der Oberfläche liegend. Diese Ebene zeigt sich in der Tiefenkultur der Konfliktparteien, in menschlichen Grundbedürfnissen und in der Tiefenstruktur der Gesellschaft. Erkenntnisse aus unterschiedlicher Fachrichtungen wie Medizin, Mathematik, Psychologie, Soziologie und Anthropologie gewinnend hat Johan Galtung einen transdisziplinären Ansatz der Friedensstiftung entwickelt, der in die Zukunft weist und heute umso mehr Gewicht hat.

Wandel der Friedensansätze in der Geschichte

Die Friedensbewegung entwickelte sich in ihren Anfängen von den Eckpunkten der Oberfläche ausgehend hin zu den Faktoren der Tiefenebene.

Die erste Generation der Friedensansätze, datiert auf die Zeit bis zum 2. Weltkrieg, trat für Frieden ein und demonstrierte hierfür, forderte die Abschaffung von Kriegen und propagierte eine Weltregierung und Globalisierung guter Regierungen.

Ihr Motto hieß: Frieden ist zu wichtig, als dass man ihn den Generälen überlassen sollte.

Nach dem zweiten Weltkrieg konzentrierte sich die zweite Generation der Friedensansätze auf Friedenserziehung und Friedensjournalismus zur Verbesserung der Kenntnisse, entwickelte gewaltfreie Methoden – kämpfen ja, aber gewaltfrei – und suchte kreative Konfliktlösungen. Gandhi und Martin Luther King jr., Nelson Mandela und Desmond Tutu waren die Ideengeber.

Ihr Motto war: Frieden ist zu wichtig, als dass man ihn den Staaten überlassen sollte.

Nach dem Kalten Krieg richtete die Friedenskultur den Blick auf die Tiefenkultur, sah die Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse als unverzichtbaren Grundpfeiler und suchte Bruchlinien wie etwa die zwischen den Geschlechtern, aufzulösen. Freud und Jung lieferten die theoretischen Ansätze, um Bedürfnisse und Kultur einzubeziehen, und Marx öffnete den Blick für den Zusammenhang von Bedürfnissen und Struktur.

Ihr Motto heißt: Frieden ist zu wichtig, als dass man sich mit oberflächlichen Ansätzen begnügen dürfte.

Die erste Generation reagierte auf den Krieg. Die Menschen forderten Frieden durch die Zusammenarbeit von Regierungen die Grenzen von Nationen und Staaten überschreitend. Die zweite Generation wandte sich gegen die Regierungen. Die Menschen wollten selbst für den Frieden arbeiten. In der dritten Generation distanzierte man sich von den früheren als naiv angesehenen Analysen und Wegen, suchte eine Zusammenarbeit zwischen Zivilisten, Militär und Polizei, soweit es um Friedenssicherung geht, und dynamisierte die Friedenseinsätze, indem friedensstiftende Maßnahmen in verschiedenen Phasen ergriffen wurden: vor dem Ausbruch der Gewalt mit dem Ziel der Depolarisierung, während der Ausübung von Gewalt mit dem Ziel der Friedenssicherung und der Schaffung von Friedenszonen und nach dem Ende der Gewalt mit dem Ziel der Versöhnung und des Wiederaufbaus. Frieden verlangt Versöhnung, auch mit Beteiligung der in Gewalt verstrickte Staatsakteure.

Frieden oder Krieg

Die Geschichtsdarstellung beschränkt sich auf Berichte über Kriege und ihre Beendigung. So verankert sich ein Bewusstsein, dass Konflikte nicht anders zu lösen seien als durch kriegerische Maßnahmen. "Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" ein Satz von Carl von Clausewitz, der noch heute scheinbar unwiderlegbar gilt.

Kriege fallen nicht vom Himmel. Sie haben einen Vorlauf und müssen vorbereitet werden, da sie nur mit Unterstützung der Bevölkerung geführt werden können. Sie müssen legitim sein, die Konfliktsituation muss sich so zugespitzt haben, dass ein Krieg unvermeidlich erscheint.

Die Zuspitzung eines Konflikts zum Krieg bedarf vieler Faktoren: der Konflikt wird dualistisch gesehen, der Kriegausbruch wird an einem Ereignis und nur hieran festgemacht, die Situation wird polarisiert und ein eindeutiges Feindbild geschaffen, die eigenen Interessen sind höherwertig und sind zu schützen, der Feind muss niedergedrungen werden, die Anwendung von Gewalt wird als beherrschbar beurteilt und als unvermeidliche Alternative eingeschätzt.

Das Kunstwerk Frieden herstellen: die Psychologie der TRANSCEND-Ansatzes

Galtung stellt die Frage an die am Konflikt unmittelbar und nicht unmittelbar beteiligten Parteien: Was haben wir zur Konfliktsituation und zur Polarisierung beigetragen und was wollen wir erreichen? Es ist die Frage nach dem „tiefen“ Kontext, nach der Vorgeschichte, die weit zurückliegen kann. Und es ist die Frage nach der eigenen Verantwortung. Warum haben wir so lange gewartet, warum haben wir die Gewalt ignoriert, wie glaubwürdig sind wir?

Die Befriedung i.S. TRANSCEND beginnt mit der Zielvorstellung. Was soll das Ende sein? Es gilt dieses Bild so zwingend und überzeugend zu erklären, dass die Parteien dafür gewonnen werden können und auf Gewaltanwendung verzichten.

Sind die Parteien gewonnen, beginnt die Phase der Friedenskonsolidierung, der Depolarisierung. Das ist mehr als „vertrauensbildende Maßnahmen“, die oft nur kosmetischer Art sind. In Einzelgesprächen mit den Parteien werden Verletzungen, Bedürfnisse, Dynamiken und Strukturen des Konflikts angesprochen. Kreative eigene Lösungen werden angeregt. Es wird versucht, Blockierungen mittels kognitiver und emotionaler Mittel zu lösen. Hass, Aggressionen, Rachebedürfnisse, Leugnung von Tatsachen werden nicht ausgeklammert. Meta-Konflikte, die sich um die eigenen negativen Empfindungen aufgebaut haben, werden in den Focus genommen. Für alles braucht es Zeit. Selbst eine unmittelbare Begegnung der Parteien wird gezielt geplant und in der Regel zunächst vermieden.

Die „Konfliktarbeiter“ selbst folgen einem eigenen Kodex der Zurückhaltung, der Selbstreflexion. Fehler sind möglich, Wege und Mittel sind revisibel.

Stets werden mögliche Lösungen gesucht. Menschen sind besser in der Lage, über Grundprobleme zu sprechen, wenn sie wissen, dass es eine Lösung geben kann.

Dabei wird dem Grundkonflikt, dem Widerspruch und der Unvereinbarkeit selbst Vorrang eingeräumt.

Mögen zivile Organisationen und Personen den Friedensprozess sinnvoll begleiten und in Gang setzen, wenn es um Friedenssicherheit geht, kann der Staat nicht außen vor bleiben. Polizei und Militär sind für die Sicherheit unentbehrlich.

TRANSCEND unterscheidet sich von Mediation

TRANSCEND unterscheidet sich von der im Westen verbreiteten Mediation darin, dass die Mediation bemüht ist, den Konflikt in einen anderen Kontext zu stellen, um die Akteure von ihrer Position der Unvereinbarkeit und Opposition weg und zu einem Dialog über Interessen Ähnlichkeiten und Ziele hinzubringen, kurzum an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Rolle des Mediators ist eine dominante. Mediation konzentriert sich auf die Akteure und nicht auf Beziehungen und Strukturen. Sie orientiert sich an Einzelnen. Mediation blickt auf Haltungen und Verhalten der Konfliktparteien und lässt fast immer den Kontext und die Widersprüche des Konflikts und der Parteien selbst außer Acht. Anstatt sich auf psychische Heilung und Wiederaufbau zu konzentrieren, konzentriert man sich darauf, eine Übereinkunft zu erzielen. Polarisierungen und Feindschaften werden nicht thematisiert und oft nicht erkannt. Im besten Fall kann Mediation einen Raum für künftige Heilung

und Wiederherstellung zerbrochener und beschädigter Beziehungen schaffen. Mediation kann jedoch keinen Frieden bringen.

Michail Gorbatschow – ein Friedensstifter

Es gibt Beispiele friedlicher Konfliktlösungen. Michail Gorbatschow machte das Unmögliche möglich. Nachdem er 1985 an die Macht gekommen war, zerschlug er den gordischen Knoten der apokalyptischen Konfrontation zwischen China-Sowjetrußland und Ost-West durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen. Angesichts des nuklearen Overkill sah er das Ringen um Truppenreduzierung in Europa als eine Sackgasse. Überzeugt und inspiriert vom „Gemeinsamen Sicherheitskonzept Ost-West“ der [Palme-Kommission](#) aus dem Jahr 1982 und der „gegenseitigen Sicherheit“ (wir können beide gewinnen oder verlieren) sowie der „ausreichenden Sicherheit“ (man stirbt nur einmal und tötet dieselbe Person nur einmal) sicherte er seinen Gegnern, dem Westen, die Erfüllung ihrer Hauptforderung nach einseitiger Abrüstung zu und gewann ihre Zustimmung zum Konzept einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur. Es wurde versäumt, diese Zusicherung schriftlich zu fixieren. Der Streit um die Verbindlichkeit der damaligen Zusicherungen schwelt noch heute. Die Initiative Gorbatschows und sein Schwenk aus der Kriegslogik heraus sind vergessen.

Friedenskultur statt der Kultur der Kriege

Einzelne Konflikte langfristig friedlich zu lösen und zu sichern, ist die eine Seite, eine Kultur des Friedens zu kreieren die andere Seite. TRANSCEND folgend soll die Friedensbewegung Teil aller Staaten und Gemeinschaften werden. Kriege sind wie Dro-

gen zu verbieten. Dazu gehört ein Verbot der Forschung, der Entwicklung, der Produktion, der Verteilung, des Besitzes und des Gebrauchs von Waffen. Frieden in der Welt ist nur über die Metaebene einer Weltregierung möglich. Friedenserziehung, Friedensjournalismus, das Erlernen von gewaltfreien Methoden, Friedenssicherung, Friedenszonen und wahre Versöhnung mit Entschuldigungen und Verzeihen und das Heilen und Entschädigen sind weite Felder, die noch zu entwickeln sind, bis eine Friedenskultur die heute noch gültige Kriegskultur ablöst. Für einer solche Kultur bedarf es der Bilder und Vorstellungen.

Nachruf auf Johan Galtung

Es gab nach dem Tod von Johan Galtung keine Nachrufe in den Leitmedien. Nur in kleinen Kreisen der Friedensbewegung wird seiner gedacht. Ein Fakt, der sprachlos macht. Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung, <https://ifgk.de/aktuelles/>
<https://www.fernuni-hagen.de/universitaet/aktuelles/2024/02/nachrufe-kreke-galtung.shtml>

Quellen zu Johan Galtung:

Johan Galtung, Carl G. Jacobsen, Kai Frithjof Brand-Jacobsen, Neue Wege zum Frieden, Bund für soziale Verteidigung e.V. 2003
<https://www.transcend.org>
<https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/kommunikation/konflikte/pwieportraetjohangaltung100.html>
<https://www.galtung-institut.de/de/home/johan-galtung/>
<https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/interview-mit-johan-galtung/>
<https://www.ofg.uni-osnabrueck.de/ofg/archiv/jahrbuch-pdf/2001/JB2001-galtung.pdf>

Heinz Klippert

Friedensbildung tut not!

Heinz Klippert

**FRIEDEN?
SICHERN!**

Anleitung zur Belegung pazifistischen Denkens

WESTEND

21. März 2024

Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger forderte am 18. März 2024, in den Schulklassen solle mehr über Kriege, Bundeswehr und Zivilschutzmaßnahmen geredet werden. Diese geistige Zeitenwende ist zutiefst alarmierend. [...]

Kinder brauchen Friedensphantasie

Vor dieser drohenden Militarisierung der schulischen Bildungsarbeit kann ich nur

vehement warnen. Jeder Historiker, Soziologe und Psychologe weiß, dass ein derartiger Mentalitätswandel den Nährboden für neuerliche Waffenverehrung, Waffengänge und Feindseligkeiten bildet. Das alles hatten wir in unserer Geschichte nun wahrlich zur Genüge. Was Europa stattdessen braucht, ist Frieden!! Und deshalb sollten unsere Schulen und Lehrkräfte die Kinder und Jugendlichen ganz vorrangig dazu befähigen, kriegsskeptisch zu werden und

begründete Friedensliebe und Friedensphantasie zu entwickeln und sich mit guten Argumenten der aktuellen Kriegslogik und dem damit verbundenen „Spiel mit dem Feuer“ entgegenzustellen. Denn Frieden ist möglich – auch in der Ukraine und in Gaza! [...]

Nötig ist diese Friedensorientierung deshalb, weil sich nur so die Faszination des Militärischen eindämmen lässt. Wenn man derzeit nämlich Politikern, Militärs, Leitartiklern, Fernsehkommentatoren und sonstigen Meinungsmachern in unserer Gesellschaft zuhört, drängt sich der Eindruck auf, dass Aufrüstung und Waffengänge gleichsam alternativlos sind. [...]

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=112714>

Friedenserziehung heute:

<https://netzwerk-friedenspaedagogik.de>

<http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de>

<https://bawue.dfg-vk.de/aktivitaeten/friedensbildung-statt-bundeswehrpropaganda>

<https://friedensbildung-schule.de>

50er-Jahre: Kämpfe gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands Dokumentarfilm „Der lange Atem“ von Christoph Boekel

1983 entstandenes zeichnet der Film anhand historischer Dokumente und des Porträts von Oskar Neumann (kommunistischer Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Diktatur und Mitinitiator des „Hauptausschusses Volksbefragung“) nach, welche kriminelle Energie die Regierung Adenauer und ihre US-Unterstützer aufbringen mussten, um eine Wiederbewaffnung Deutschlands durchzusetzen.

Das wache Bewusstsein über die immensen Verheerungen des vorangegangenen Krieges und das 1949 verabschiedete Grundgesetz, das nicht nur die Vorbereitung eines Angriffskriegs unter Strafe stellte sondern auch den Wiederaufbau einer deutschen Armee und Rüstungsproduktion untersagte, veranlassten den Kanzlerkandidaten Adenauer (CDU) bis 1950 öffentlich noch vehement das NEIN zu allen Wiederbewaffnungsplänen zu beschwören, um gewählt zu werden. In geheimen Zirkeln jenseits von Kabinett, Parlament und Öffentlichkeit betrieb er jedoch längst genau das Geleugnete. In enger Abstimmung mit US-Geheimdiensten und unter tätiger Mithilfe klandestin rehabilitierter, ehemaliger Wehrmachtsgeneräle und Nazi-Kriegsverbrecher sollte die BRD unter dem Deckmantel einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ zu einem militärischen Vorposten gegen „den Bolschewismus“ aufgerüstet werden.

Je mehr von diesen offenkundig verfassungswidrigen Plänen ruchbar wurde, desto entschiedener regte sich der zivilgesellschaftliche Widerstand. Vielfältige Kräfte – darunter Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten (wie Gustav Heinemann) sowie Gewerkschaften, Jugend- und Kirchenverbände (u.a. um Pastor Niemöller) – versammelten sich 1951 unter dem Essener Manifest gegen die Remilitarisierung und forderten eine Volksabstimmung – das einzig denkbare, rechtmäßige Mittel zur Entscheidung über diese Frage.

Trotz Verbot und härtester Repression seitens der Regierung, die zur Verfolgung der Aufrüstungsgegner auch nicht davor zurückschreckte, neue Straftatbestände nach alter NS-

Gesinnungsjustiz wieder einzuführen, gelang es den Initiatoren mit tatkräftiger Unterstützung der Bevölkerung dennoch, die Volksbefragung mit eigenen Mitteln durchzuführen. Von insgesamt 9 Millionen Beteiligten stimmten 94% gegen die Wiederbewaffnung.

Die bloßgestellte Regierung hielt dies nicht davon ab, mit den Pariser Verträgen 1955 den Aufbau der Bundeswehr und den Beitritt Westdeutschlands zur NATO zu besiegeln. Der Mythos der Vereinbarkeit von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und antifaschistischer Konsequenz einerseits mit militärischer Aufrüstung andererseits ist seither jedoch gründlich widerlegt.

Zudem schuf die eindrucksvolle Initiative die Grundlagen für die Ostermarsch-Bewegung, den sozial-progressiven Aufbruch von 1968 sowie die massive Friedensbewegung der 1980er-Jahre, der es gelang, ein systemübergreifendes Abrüstungsregime durchzusetzen, das geradezu ein Lehrstück für die heute dringend erforderliche Perspektive einer Weltfriedensordnung bildet. So zeigt der Film beispielgebend: Wer aus der Geschichte lernt, kann heute für eine bessere Zukunft wirken. Allem Säbelrasseln zum Trotz: der Frieden ist der Ernstfall.

Brot, Frieden, Würde – jetzt! International solidarisch: Schluss mit Austerität.

„Und dafür, nein, dafür haben die Toten ihr Blut nicht in den Schnee laufen lassen, in den naßkalten Schnee ihr lebendiges mütterliches Blut: Daß dieselben Studienräte ihre Kinder nun benäseln, die schon die Väter so brav für den Krieg präparierten. (Zwischen Langemarck und Stalingrad lag nur eine Mathematikstunde.) Nein, Mütter, dafür starbt ihr nicht in jedem Krieg zehntausendmal!“

Wolfgang Borchert, „Das ist unser Manifest“, 1947.

<https://schluss-mit-austeritaet.de/event/filmseminar-der-lange-atem>

Jürgen Wagner Deutschlands Nationale Sicherheitsstrategie Wehrhaft! Wertebasiert? Interessengeleitet!

23. Juni 2023 - [...] Das unter Federführung des Auswärtigen Amtes erstellte [Dokument](#) namens „Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig“ umreißt die Grundlagen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die bislang im Weißbuch des Verteidigungsministeriums beschrieben wurden. [...]

Interessen, Regeln und Bedrohungen

Im Zentrum der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) steht der Anspruch, die „Regelbasierte Internationale Ordnung“ zu verteidigen, die in Zeiten „wachsender Multipolarität und zunehmender systemischer Rivalität“ (NSS: S. 23) zunehmend unter Beschuss gerate: „Den Versuchen, die Welt in Einfluss-

sphären einzuteilen, stellen wir das positive Modell einer solchen regelbasierten Ordnung entgegen. [...] Geprägt von ihrer Auffassung von systemischer Rivalität streben einige Staaten jedoch an, diese Ordnung zu untergraben und so ihre revisionistischen Vorstellungen von Einflusssphären durchzusetzen.“ (NSS: S. 16 und 23)

Wer in dieser Gemengelage als zentraler Gegner identifiziert wird, überrascht nicht sonderlich: „Das heutige Russland ist auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum.“ (NSS: S. 22). Doch auch China wird mehr und mehr als direkter Gegner begriffen: „China ist Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Da-

bei sehen wir, dass die Elemente der Rivalität und des Wettbewerbs in den vergangenen Jahren zugenommen haben. China versucht auf verschiedenen Wegen, die bestehende regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten, beansprucht immer offensiver eine regionale Vormachtstellung und handelt dabei immer wieder im Widerspruch zu unseren Interessen und Werten.“ (NSS: S. 23)

Was denn so genau unter der viel beschworenen regelbasierten Ordnung verstanden werden soll, ist in dem Dokument ebenfalls vage zu finden: „Wir sind entschlossen, die Prinzipien einer regelbasierten internationalen Ordnung mit starken Vereinten Nationen in ihrem Zentrum gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern weltweit zu verteidigen und durchzusetzen: Rechte und Regeln, die alle Staaten gleichermaßen schützen und verpflichten; souveräne Gleichheit aller Staaten; friedlicher Interessenausgleich und Konfliktvermeidung; multilaterales Zusammenwirken zum Wohle der Menschheit und zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen; freie Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschrieben.“ (NSS: S. 48)

Es würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen, aber unerwähnt darf es natürlich nicht bleiben, dass nicht zuletzt der Westen nahezu jedes dieser hehren Prinzipien verletzt hat bzw. verletzt. In andern Ländern wird die regelbasierte Ordnung deshalb längst als Kampfbegriff zur Aufrechterhaltung der westlichen Vorherrschaft wahrgenommen – der Westen erhebt über sie nicht nur den Anspruch, die internationalen Spielregeln aufzustellen und beliebig auszulegen, sondern sie auch im Gegensatz zu anderen ein ums andere Mal brechen zu dürfen (siehe dazu ausführlich [IMI-Analyse 2023/19](#)).

Selbstredend erachtet deshalb auch die NSS jeglichen Versuch, an diesen Regeln zu rütteln, als direkten Angriff auf die bislang doch recht komfortable Position, wie zum Beispiel aus Passagen wie dieser hervorgeht: „Auch die internationalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen sind immer mehr von machtpolitischen Erwägungen geprägt. [...] Die Gründung neuer, paralleler Institutionen mit abweichenden Regelsystemen zielt darauf ab, etablierte Organisationen bewusst zu umgehen. Das internationale Regelwerk für offene und faire Märkte und ein stabiles Finanzsystem sollen damit unterminiert werden.“ (NSS: S. 24)

Rüstung für Großmachtkonflikte

[...] „Die Bundesregierung unterstützt den Anspruch einer global handlungsfähigen, einigen Europäischen Union, die ihr Gewicht zur Geltung bringt, um die regelbasierte internationale Ordnung mitzugestalten.“ (NSS: S. 37)

Hierfür bedürfte es vor allem eines – der Aufrüstung: „Eigenständige europäische Handlungsfähigkeit ist zunehmend Voraussetzung für die Sicherheit Deutschlands und Europas. Dazu gehören moderne, leistungsfähige Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten ebenso wie eine leistungs- und international wettbewerbsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, die Grundlagen der militärischen Fähigkeiten der Streitkräfte schafft. Gemeinsame Rüstungsprojekte und deren Exportfähigkeit [...] stärken damit den europäischen Pfeiler in der NATO. [...] Die Bundesregierung ist entschlossen, die europäische sicherheits- und verteidigungsindustrielle Basis weiter zu stärken. [...]“ (NSS: S. 31 und S. 39) [...]

Rüstungsexporte: Freie Fahrt auch in Europa

[...] In Deutschland (Rüstungsexportrichtlinien) wie auch in der Europäischen Union (Gemeinsamer Standpunkt) behindern aktuell zwei Regelwerke zwar nicht rechtlich bindend, aber doch moralisch erschwerend den schrankenlosen Export von Rüstungsgütern. Schon lange wird deshalb mit diversen Methoden versucht, die diesbezüglichen Beschränkungen immer weiter auszuhöhlen (siehe [IMI-Analyse 2019/21](#)).

Vor allem die in beiden Dokumenten enthaltene Forderung, keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu entsenden, geriet bereits vor dem russischen Angriff auf die Ukraine unter Druck. Insofern war es auch wenig überraschend, dass sich die Bundesregierung bei den Waffenlieferungen an die Ukraine von diesen Exportrichtlinien nicht abhalten ließ und enorme Summen [mobilisierte](#): „Die Mittel des Ertüchtigungstitels belaufen sich auf insgesamt rund 5,4 Milliarden Euro für das Jahr 2023 (nach 2 Milliarden Euro im Jahr 2022) zzgl. Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre in Höhe von rund 10,5 Milliarden Euro.“

Weder die deutschen noch die europäischen Richtlinien sind bislang einklagbar – das soll nun aber durch ein künftiges Rüstungsexportgesetz zumindest in Teilen behoben werden, das aktuell unter der Ägide des grünen Wirtschaftsstaatssekretärs Sven Giegold erarbeitet wird. Gleichzeitig wird aus dem bislang vorliegenden Entwurf aber auch klar, dass in dem anvisierten Gesetz künftig Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete nahezu problemlos möglich sein sollen (siehe [IMI-Analyse 2022/57](#)). Und genau dieses Vorgehen soll wohl auch als Vorbild dienen, um Rüstungsexporten in Krisen- und Kriegsgebiete auch auf europäischer Ebene endgültig einen Blankoscheck auszustellen: „Wir wollen die europäische Rüstungsexportkontrolle stärker harmonisieren, auch um bedrohte Staaten in ihrem Recht auf Selbstverteidigung noch besser unterstützen zu können. Wir setzen uns deshalb für das Vorhaben einer EU-Rüstungsexportverordnung ein.“ (NSS: S. 45)

Zielkonflikte: Interessen vor Werte

Auch wenn die NSS die meiste Zeit suggeriert, es gäbe zwischen Werten und Interessen keinerlei Widerspruch, ist das natürlich wie die Autor*innen des Dokuments selber wissen vollkommener Quatsch, was teils sogar eingeräumt wird: „Bei der Verteidigung unserer Werte und Durchsetzung unserer Interessen müssen wir uns Zielkonflikten stellen, die politische Abwägungen und Entscheidungen erfordern.“ (NSS: S. 29)

Wo in einem Zielkonflikt dann die Prioritäten liegen, dürfte naheliegen und lässt sich beispielhaft anhand der Sätze über Rüstungsexporte auch ganz gut erahnen: „[...] Bei Rüstungsexportentscheidungen finden Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Empfängerland besondere Berücksichtigung. Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik berücksichtigt zugleich auch unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen, geostrategische Herausforderungen, die Unterstützung von Partnern, die unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt sind, und die Anforderungen einer verstärkten europäischen Rüstungskooperation.“ (NSS: S. 45)

<https://www.imi-online.de/2023/06/23/deutschlands-nationale-sicherheitsstrategie/>

Verteidigungsrichtlinien 2023: <https://www.bmvg.de/resource/blob/5701724/5ba8d8c460d931164c7b00f49994d41d/verteidigungspolitische-richtlinien-2023-data.pdf>

German Foreign Policy Der Wille zum Weltkrieg

„Russland muss verlieren“

[...] So äußerte am Samstag exemplarisch der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Nils Schmid, „die militärische Unterstützung der EU-Staaten für die Ukraine“ sei „wichtiger denn je“; denn letzten Endes müssten „Präsident Putin und sein Regime ... diesen Krieg verlieren“[...] Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz wiederum erklärte, er setze darauf, dass Moskau letztlich kapituliere: [...] „Die Ukraine muss den Krieg gewinnen, und zwar so gewinnen, dass Russland keinen Sinn mehr darin sieht, ihn militärisch fortzusetzen“. Wie das gelingen soll – zahlreiche Militärexperten, auch der Ex-Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj, halten dies für unmöglich –, erläuterte Merz nicht. [...]

Bei einer Umfrage des European Council on Foreign Relations (ECFR), die in der ersten Januarhälfte in zwölf europäischen Staaten erhoben wurde, gaben gerade einmal zehn Prozent aller deutschen Befragten an, die Ukraine könne laut ihrer Auffassung den Krieg noch gewinnen. 19 Prozent sahen dagegen Russland als Sieger, während 31 Prozent einen Kompromiss zwischen Moskau und Kiew erwarteten. Zwar fanden 32 Prozent trotzdem, die EU solle die Ukraine militärisch unterstützen; 41 Prozent äußerten hingegen, sie zögen es vor, wenn Brüssel Kiew zu Verhandlungen mit Moskau dränge. Eine Anfang Februar durchgeführte Ipsos-Umfrage ergab zwar, rund 25 Prozent der deutschen Bevölkerung seien der Ansicht, die Ukraine könne den Krieg noch gewinnen; doch meinten 40 Prozent, dies sei jetzt nicht mehr möglich. Für Waffenlieferungen an die Ukraine sprachen sich immerhin noch 39 Prozent aus; 43 Prozent waren jedoch dagegen. Der mit Abstand größte Anteil an Befürwortern von Waffenlieferungen existiert laut der Umfrage bei Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen (72 Prozent), bei denen auch der Anteil derjenigen, die ei-

nen Sieg der Ukraine noch für möglich halten, am höchsten liegt (47 Prozent).

Kanonen ohne Butter

[...] Interne Planungen des Verteidigungsministeriums gehen davon aus, dass das Mindestvolumen des deutschen Militäretats – zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – sich 2028 auf 97 Milliarden Euro belaufen wird. Hinzu kämen, so heißt es, vermutlich weitere „Bedarfe“ in Höhe von 10,8 Milliarden Euro. Gegenüber dem aktuellen Wehrhaushalt von knapp 52 Milliarden Euro entsteht damit eine Lücke von rund 56 Milliarden Euro. Kürzungsmaßnahmen führen schon jetzt zu ersten Sozialprotesten, und auch in der Wirtschaft wird Unmut laut [...] Finanzminister Christian Lindner stellte schon am Donnerstagabend in einer TV-Talkshow ein „mehrjähriges Moratorium bei Sozialausgaben und Subventionen“ in Aussicht, um die Rüstungsausgaben künftig finanzieren zu können.[11] Der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, stellte fest: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht.“ Künftig gebe es „Kanonen ohne Butter“.[12]

„Weniger Zögern, mehr Härte“

[...] In der Grünen-nahen taz ist mittlerweile davon die Rede, man befinde sich ohnehin bereits in einem „Weltkrieg“, zu dem Putin im Jahr 2022 „den Startschuss“ gegeben habe: „Viele Mächte, nah und fern, verfolgen, wer hier die Oberhand gewinnt.“ (25.2.2024) Deshalb müsse der Westen aus dem Krieg als Sieger hervorgehen: „Weniger Zögern, mehr Härte ist das Gebot der Stunde.“ Dies gilt ganz offenkundig für den Weltkrieg, in dem der Autor den Westen aktuell sieht.

Zitiert aus:

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9497>

Samstag, 03.08. bis 10.08.2024 Remscheid FriedensFahrradtour NRW 2024

Start: Remscheid, anschl. Rundtour durch NRW, Ziel: Niederrhein, VA: DFG-VK NRW

Webseite: <https://nrw.dfg-vk.de/radfahrtuechtig-statt-kriegstuechtig/>

Florian Warweg

Bundesregierung zum 25. Jahrestag des NATO-Angriffs auf Jugoslawien: „War alles völkerrechtskonform“

21. März 2024 - Am 24. März jährt sich zum 25. Mal der ohne UN-Mandat und damit völkerrechtswidrig erfolgte Angriffskrieg der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Bei diesem Angriff wurden unzählige Zivilisten durch den Einsatz von Unangeschossen und Streumunition getötet. 40 Prozent der von NATO-Bomben verstümmelten Opfer waren Kinder. Die NATO-Bombenteppiche legten gezielt Hunderte Schulen, mehrere petrochemische Kombinate, zahlreiche Kraftwerke, Krankenhäuser und auch das Hauptgebäude des öffentlich-rechtlichen Rundfunks RTS in Schutt und Asche. Die *NachDenkSeiten* wollten vor diesem

Hintergrund wissen, was für Maßnahmen die aktuelle Bundesregierung ergriffen hat, um zu verhindern, dass Deutschland erneut an einem völkerrechtswidrigen Angriff auf einen souveränen Staat teilnimmt und ob die Bundesregierung plane, sich angesichts des Jahrestages bei der serbischen Zivilbevölkerung zu entschuldigen.

Die Antwort geriet zu einem Manifest bundesdeutscher Doppelmoral und zeigte erneut auf: „Wertegeleitete Außenpolitik“ made in Germany mag sich vielem verpflichtet fühlen, aber nicht dem Völkerrecht. [...]

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=112737>

German Foreign Policy: Rüstungstreiber Europa

13 März 2024

Rüstungsimporte ...

[...] Europa steigerte seine Rüstungsimporte im Fünfjahreszeitraum von 2019 bis 2023 um stolze 94 Prozent gegenüber dem Fünfjahreszeitraum zuvor. Zwar gingen von der nahezu verdoppelten Waffeneinfuhr 23 Prozent kriegsbedingt in die Ukraine. Doch weiteten die anderen europäischen Staaten ihre Rüstungsimporte gleichfalls um rund ein Viertel aus.

[...] Die dramatische Zunahme der Waffenimporte nach Europa jenseits der Ukraine geht vor allem auf die bereits 2014 beschlossene Steigerung der nationalen Rüstungshaushalte in den NATO-Staaten auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurück. Mehrere Staaten geben sogar deutlich mehr aus; Polen etwa investiert derzeit 3,9 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in seine Streitkräfte.

Importe aus den USA

[...] Dabei stieg in Europa der Anteil der Waffeneinfuhren aus den USA laut SIPRI von 35 Prozent (2014 bis 2018) auf 55 Prozent (2019 bis 2023). In der EU erreichte er laut Angaben der EU-Kommission zwischen dem 24. Februar 2022 und Juni 2023 sogar 63 Prozent. Noch weiter gestärkt werden Einfluss wie auch Absatz der US-Rüstungsindustrie dadurch, dass Washington die partielle Verlagerung der US-Rüstungsproduktion ins Ausland vorantreibt, um zusätzliche Kapazitäten zu erlangen. So produzieren Fabriken in Australien und in Japan in Lizenz US-Munition und US-Patriot-Flugabwehrsysteme. Der polnische Rüstungskonzern PGZ fertigt mit einer Lizenz von Northrop Grumman US-Panzermunition. Die Kooperation gestattet es der US-Rüstungsindustrie, ihren Weltmarktanteil noch weiter auszudehnen.

Daran beteiligt sich auch die Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall. Das Unternehmen hat im Sommer 2023 begonnen, im niederrheinischen Weeze eine Fabrik zu errichten, in der Rumpfmittelteile für diejenigen US-Kampffjets vom Typ F-35 produziert werden sollen, die für den Export bestimmt sind. Dazu zählen auch die 35 F-35-Jets, die Deutschland für die sogenannte nukleare Teilhabe kaufen wird. Die Fertigung der Rumpfmittelteile in Weeze setzt in den Vereinigten Staaten Kapazitäten für die Herstellung anderen Kriegsgeräts frei; Rheinmetall wiederum sichert sie Zusatzprofite und den Ausbau der Konzernbeziehungen in die USA. Insgesamt stärkt sie freilich die Marktdominanz der US-Rüstungsindustrie – nicht zuletzt in Europa.

... und Rüstungsexporte

Fünf der acht größten Rüstungsexporteure liegen in Westeuropa; Frankreich ist zum zweitgrößten Waffenverkäufer der Welt aufgestiegen, Deutschland steht – vor Italien, Großbritannien, Spanien – auf Rang fünf. Während Russland zurückfiel und sich mit 11 Prozent aller Rüstungsexporte weltweit mit Platz drei begnügen musste – vor China, dessen Anteil auf 5,8 Prozent sank –, konnte Frankreich seinen Anteil um 47 Prozent auf 11 Prozent steigern. Unangefochtene Nummer eins sind allerdings völlig unverändert die Vereinigten Staaten. Stellten sie im Fünfjahreszeitraum von 2014 bis 2018 noch 34 Prozent sämtlicher Waffenausfuhren weltweit, so konnten sie ihre Spitzenposition im jüngsten Fünfjahreszeitraum ausbauen und laggen nun schon bei 42 Prozent.

Quelle: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9512>

German Foreign Policy: Neue Strategie der EU zur Rüstungsindustrie

7. März 2024

[...] Die Strategie sieht unter anderem Schritte vor, um die Fertigung von Kriegsgerät von Zulieferungen von außerhalb der Union, zumindest aber aus nicht verbündeten Staaten unabhängig zu machen. Darüber hinaus soll die Beschaffung von Rüstungsgütern in der EU spürbar gesteigert werden; zuletzt kamen nur 22 Prozent aller Waffenimporte der EU-Staaten aus der Union selbst, 63 Prozent hingegen aus den USA. [...] Die EU-Kommission legt nun in der EDIS neue Richtwerte fest. So sollen die EU-Staaten den Anteil der Rüstungsgüter, die sie innerhalb der Union beschaffen, bis zum Jahr 2030 auf mindestens 50 Prozent, bis 2035 dann auf 60 Prozent anheben. [...] Gewinner einer Verlagerung der Rüstungskäufe aus den USA nach Europa wäre die Rüstungsindustrie in der EU. Besonders profitieren würden die Waffenschmieden der großen Staaten Westeuropas, insbesondere Deutschlands, Frankreichs und Italiens. Diesen dürfte auch der Druck, Waffensysteme in Kooperation mit weiteren EU-Mitgliedern zu beschaffen, zugute kommen: Sie sind strukturell besser in der Lage, große Aufträge abzuwickeln, als kleine Rüstungsfirmen in schwächeren EU-Staaten.

[...] Um die Realisierung ihrer Ziele durchzusetzen, eine möglichst autarke EU-Waffenfertigung zu sichern und deren schnelle Steigerungsfähigkeit im Kriegsfall zu gewährleisten, behält sich die EU-Kommission eine Reihe Kontroll- und Eingriffsrechte vor, die ganz offen kriegswirt-

schaftliche Züge tragen. So will sie die Lieferketten für wichtigere Rüstungsgüter sorgfältig registrieren und überwachen. Das gelte, so heißt es im EDIP, nicht nur für einzelne Bauteile, auf die die Rüstungskonzerne angewiesen seien, sondern auch für Rohstoffe – etwa Nitrozellulose. Ein derartiges „mapping“ und „monitoring“ gestatte einen Einblick in die Kapazitäten der EU-Rüstungsproduktion „nahezu in Echtzeit“ und biete die Voraussetzungen dafür, künftig im Falle plötzlich auftretender Mängel Abhilfe zu schaffen. Zudem will die Kommission das Recht erhalten, im Krisen- oder Kriegsfall in die Produktion einzugreifen und die Herstellung kriegswichtiger Güter zu Lasten ziviler Produkte zu priorisieren. Wie es im EDIP heißt, solle dies die unternehmerische Freiheit und individuelle Eigentumsrechte „nicht unverhältnismäßig betreffen“. Ob ein Krisenfall vorliegt, soll die Kommission „mit Unterstützung“ des EU-Außenbeauftragten entscheiden dürfen. Im Kriegsfall wäre die Sachlage ohnehin klar. [...]

Federführend bei der Umsetzung der EDIS und der EDIP soll nach dem Willen der EU-Kommission ein neuer EU-Verteidigungskommissar sein, dessen Zuständigkeit vor allem auf der Förderung der Rüstungsindustrie liegt. [...] Allerdings müssen die geplanten Maßnahmen noch vom Europäischen Parlament und vor allem von den EU-Mitgliedstaaten genehmigt werden. [...]

Quelle: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9506>



Stoppt den Waffenhandel!

<https://aufschrei-waffenhandel.de/datenfakten/ruestungsindustrie>

Initiative „OHNE Rüstung leben“

Deutschland verletzt internationale Verpflichtungen beim Rüstungsexport

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihren europäischen und internationalen Verpflichtungen beim Export von Rüstungsgütern nicht gerecht. Das ist das Ergebnis der Studie „[Deutsche Rüstungsexporte vor dem Hintergrund europäischer und internationaler Verpflichtungen](#)“ des Völkerrechtlers Prof. Dr. Marrauhn von der Universität Gießen im Auftrag der Organisationen Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!, terre des hommes und Ohne Rüstung Leben. [...]

"Ein konsequentes Rüstungsexportkontrollgesetz ist der beste Weg die europäischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen umzusetzen", so Susanne Weipert, Koordinatorin der "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!". Die Einhaltung des Gesetzes müsse per Verbandsklagerecht gerichtlich überprüft werden können. "In anderen Ländern wie den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und Südafrika gibt es diese juristischen Kontrollmöglichkeiten schon lange."

Die Studie stellt jedoch fest, dass der bisherige Eckpunktentwurf für das Gesetz den internationalen Anforderungen ebenfalls nicht ausreichend gerecht wird. Er eröffne zudem neue problematische Räume der Abweichung von internationalen Vorgaben. [...] - [Ohne Rüstung leben](#)

Bundesregierung genehmigte 2023 Rüstungsexporte in Rekordhöhe [...] Deutschland exportierte Waffen und Rüstungsgüter im Wert von 12,2 Milliarden Euro. [...] Das sind rund 30 Prozent mehr als der bisherige Rekordwert aus 2021. [...] 4,15 Milliarden Euro machten Lieferungen an die Ukraine aus, die die meisten Rüstungsexporte aus Deutschland erhielt. Auch ohne die Ukraine genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte in Höhe von weit mehr als sieben Milliarden Euro. [...]

Die Hauptempfängerländer deutscher Rüstungslieferungen 2023 waren – neben der Ukraine -- Norwegen, Ungarn, das Vereinigte Königreich, die USA, Polen, Israel, Frankreich, Zypern und Südkorea. Aber auch an die Vereinigten Arabischen Emirate (78,2 Millionen Euro, Ägypten (40,3 Millionen), Katar (15,1 Millionen) und Saudi-Arabien (13,3 Millionen) wurden demnach Rüstungsexporte genehmigt. Während aus den Regierungsparteien SPD und Grüne einige kritische Stimmen zu hören sind, wurden aus der CDU gar Forderungen nach mehr Rüstungsexporten an das menschenrechtsverletzende Saudi-Arabien laut. Vermehrt wird in Medien und Politik argumentiert, Waffenlieferungen dürften nicht länger unter humanitären und ethischen Kriterien bewertet werden, sondern müssten geopolitischen Interessen folgen.[...] [Ohne Rüstung leben](#)

Rheinmetall entwaffnen

Die deutschen größten Rüstungsexporteure

[...] Laut Recherche der Gruppe <https://www.waffenexporte.org/> erhielten insgesamt zwischen 116 (2021) und 131 (2020) Länder nach dem Rüstungsexportbericht der Bundesregierung Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter aus deutscher Produktion. Allein der **Rüstungskonzern Rheinmetall**, Hauptprofiteur der massiven Aufrüstungsprogramme der jetzigen Bundesregierung unter dem Bundeskanzler Scholz (SPD), erzielte eine Gewinnsteigerung von 19 Prozent im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr, erhöhte seinen Umsatz auf 7,2 Milliarden Euro sowie seinen Auftragsbestand um ganze 44 Prozent auf insgesamt 38,3 Milliarden Euro. [...]

Während des Apartheidsregimes in **Südafrika** bis ins Jahr 1993 kooperierten und lieferten Daimler-Benz und Rhein-

metall Rüstungsgüter dorthin – entgegen allen völkerrechtlich verbindlichen Beschlüssen der UNO wie etwa der Resolution 418 aus dem Jahr 1977, die jede militärische Zusammenarbeit mit Südafrika für alle UN-Staaten verbot. Mehrfach wurde die BRD wegen ihrer Unterstützung des Apartheid-Systems durch Rüstungsexporte nach Südafrika sowie Militär- und Polizei-Kooperation in der UNO angeklagt. [...]

Die **Türkei**, wo es mehrere Militärputsche gab (zuletzt 1980) und die seit 1952 NATO-Mitglied ist, zählte ab Mitte der 1960er Jahre zu den größten Abnehmern deutscher Waffen, die auch gegen die Kurd*innen und ihren Kampf gegen Fremdherrschaft und für Unabhängigkeit, in den kurdischen Gebieten eingesetzt wurden und werden. Bereits 1967 er-

hielt sie die Lizenz zur Produktion von G3-Sturmgewehren. Türkei gehörte fast immer zu den größten fünf Empfängerländern von Waffen. Deutschland lieferte in all den Jahren U-Boote, Leopard-1-Panzer, später dann Leopard-2-Panzer. Auch nach Einmarsch der Türkei in Syrien, 2018 in Afrin, genehmigte die Bundesregierung die Lieferung von Rüstungsgütern, darunter Feuerleittechnik im Wert von knapp vier Millionen Euro. Auch die bereits 2009 genehmigten Jagd-U-Boote für die türkische Marine wurden 2018 ausgeliefert. Im Zeitraum von 2004 bis 2020 wurden Kriegsschiffe oder -Teile im Wert von 1,5 Milliarden Euro in die Türkei exportiert. [...]

Marokko hält 80 Prozent der Westsahara besetzt. In den letzten zehn Jahren lieferte Deutschland Rüstungsgüter im Wert von über 200 Millionen Euro, darunter Überwachungstechnologie (Bodenradar) zur Grenzsicherung, unbemannte Luftfahrzeuge, Bordwaffensteuersysteme, Teile für Kanonenmunition sowie Kommunikationstechnologie. Die Waffenexporte aus Deutschland, der EU und den USA haben Marokko bei der Aufrechterhaltung der Besetzung entschieden gestützt. Abgesichert werden die eroberten Gebiete durch eine über 3.000 Kilometer lange Mauer. Die Gebiete der Westsahara, die sich hinter der Mauer befinden, werden durch die Befreiungsbewegung Frente Polisario gehalten, die die Unterstützung der Mehrheit der Sahrauis besitzt und 1976 die Demokratische Arabische Republik Sahara ausrief. Und auch hier gilt für uns: Schluss mit der Besetzung der Westsahara. Schluss mit der Komplizenschaft durch Deutschland.

Und **Israel** bezieht laut dem Friedensforschungsinstitut Sipri einen wesentlichen Teil seiner Waffen aus Deutschland: 30 Prozent. Den Rest (69 Prozent) liefern die USA. [...]

Die größten deutschen Rüstungsexporte

Die Airbus Group (vormals EADS) ist der größte, zu Teilen deutsche Rüstungsexporteur. Das Konsortium verkaufte im Jahr 2010 Waffen und sonstige Rüstungsgüter im Wert von 16,36 Milliarden US-Dollar. EADS ist damit der siebtgrößte Rüstungskonzern der Welt.

Rheinmetall stellt hauptsächlich Heereswaffen her. militärische Radfahrzeuge, leichte gepanzerte Fahrzeuge und Panzer (Fuchs 1 und Fuchs 2, GTK Boxer) und Panzer wie den Schützenpanzer Puma, den Leopard 2, die Panzerhaubitze 2000 sowie das seit Jahrzehnten hergestellte Maschinengewehr MG3. Außerdem Munition diverser Typen, wie diese u.a. im Krieg in Afghanistan und in der Ukraine eingesetzt wurden.

Diehl Defence entwickelt und exportiert Flugkörper, Raketenantriebe und Zünder.

Krauss-Maffei Wegmann produziert zusammen mit Rheinmetall den Kampfpanzer Leopard 2, die Panzerhaubitze 2000, den Schützenpanzer Puma, den Panzerspähwagen Fennek und die gepanzerten Transporter Dingo und Boxer.

Heckler & Koch baut Geschütze und Handfeuerwaffen aller Art. H&K beliefert mindestens 88 Staaten direkt mit ihren Waffen, darunter die Polizeien und Armeen der meisten NATO-Staaten. In mindestens 92 Staaten sind Sicherheitskräfte mit von der Firma entwickelten Waffen ausgerüstet. Das bis 2003 hergestellte G3 zählte laut Small Arms Survey 2001 mit über sieben Millionen Exemplaren zu den am meisten produzierten Schnellfeuerwaffen der Welt. G3-Gewehre aus nichtdeutscher Produktion von Lizenznehmern werden weltweit eingesetzt. [...]

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/post/2024/03/11/redebeitrag-von-stoparmingisrael-germany/>

Frieden – Lesehinweise

Sicherheit neu denken

23.11.2020 [...] Diese verengte Sichtweise auf die Sicherheit, die sich auf militärische Antworten konzentriert, ist Teil einer Reihe von Ideen, die oft als "Militarismus" bezeichnet werden. Die Realität ist, dass die meisten Bedrohungen, denen die Menschen in diesem Land und weltweit ausgesetzt sind, nicht mit militärischen Mitteln bekämpft werden können, und dass das, was den Menschen wirklich Sicherheit gibt, sehr wenig mit der Feuerkraft der Streitkräfte ihres Landes zu tun hat. [...]

<https://caat.org.uk/alternatives/rethinking-security/> mit alternative Denkansätzen sowie den Themen 'Arbeitsplätze und Wirtschaft', 'Waffen für erneuerbare' und 'Entlarven von Mythen'



IPPNW:

Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

Eine **Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte**, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden (28 Seiten)
Inhalt: Überblick über Abkommen, Vertragsentwürfe und Verhandlungen, über diplomatische Lösungsvorschläge .. (UN-Ebene / OSZE / Initiativen von Staaten)

Friedensforschung, Expert*innen, Militärs und Thinktanks
Bewegung in der Zivilbevölkerung
Forderungen der IPPNW

Hinweise auf Artikel in den SiG-Newslettern 144-151

SiG-Faltblatt „Verhandeln statt Schießen“

Frieden in der Ukraine und weltweit

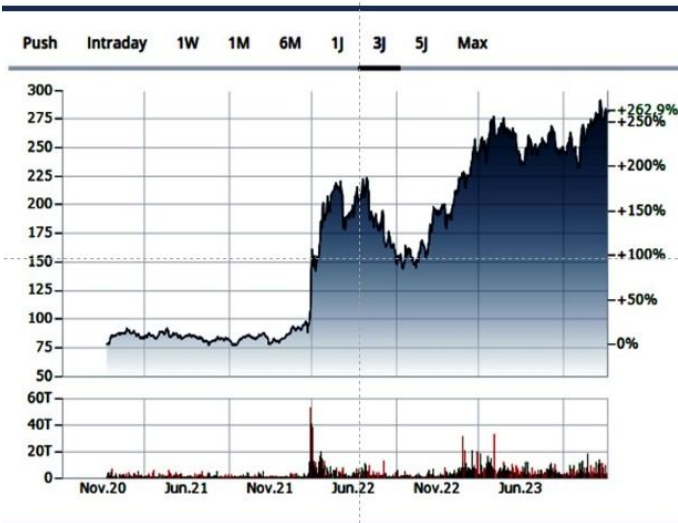
Flyer von **Klartext**: **Bedroht der russische Imperialismus wirklich Europa?**

Das neue Friedensjournal

kann als Online-Fassung abgerufen werden unter frieden-und-zukunft.de

Rheinmetall: Rekordgewinne dank "Zermürbungskrieg" in der Ukraine

"Der Dax wird militärischer" titelte die Süddeutsche Zeitung ihren Wirtschaftsteil Anfang März 2023. Anlass war der Beschluss der deutschen Börse, den Rüstungskonzern Rheinmetall in die Premium-Liga Dax-40 aufzunehmen. [...] Ausschlaggebend war der stark gestiegene Aktienkurs von Rheinmetall seit Beginn des Ukrainekrieges. [...]



Rheinmetall Aktie: Aktienkurs 3 Jahre, 8. Dezember 2023

[...] Rheinmetall-Rekordzahlen für das Geschäftsjahr 2022

- Umsatz Gesamtkonzern: 6,4 Mrd. Euro (+13%)
- Rüstungs-Umsatz: 67% des Gesamtumsatzes: 4,55 Mrd. Dollar (+ 6%) • Nettogewinn: 469 Mio. Euro + 61%
- Dividende: 4,30 Euro + 30%
- Auftragsbestand 26,6 Mrd. Euro = Vierfache Jahresproduktion. [rheinmetall-titan-der-ruestungsindustrie](#)

Munition im Wert von rund 1,3 Milliarden Euro

"Die Preise für Ausrüstung und Munition schießen in die Höhe", beklagt sich der niederländische Admiral Rob Bau-

er, der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses.[...] So hat Rheinmetall die Preise für die im Ukraine-Konflikt gefragte 155-Millimeter-Munition seit Beginn des Krieges um mehr als das 1,5-fache erhöht, berichtete die Zeitung The Epoch Times am 24. Oktober. Am 10. Juli hatte sich der Konzern in einem Rahmenabkommen mit dem Bundesverteidigungsministerium verpflichtet, bis 2029 Munition im Wert von 1,2 Milliarden Euro zu liefern. Aus dem von der Zeitung zitierten Dokument geht hervor, dass Rheinmetall im Rahmen des Vertrags 333.333 Granaten zu einem durchschnittlichen Preis von 3.600 Euro pro Munition liefern wird. Vor Beginn des Ukraine-Krieges lag der Stückpreis noch bei rund 2.000 Euro pro Geschoss. Das entspricht einer Preissteigerung von mindestens 80 Prozent. [...] Im Jahr 2024 will Rheinmetall durch den Ausbau der Produktionskapazitäten in den Werken in Deutschland, Spanien, Südafrika und Australien eine jährliche Produktion von bis zu 700.000 Artilleriegeschossen sicherstellen. Der Konzern will zudem bereits in Kürze die Produktion in der Ukraine aufnehmen. Vorstandschef Armin Papperger will dort "nach etwa sechs bis sieben Monaten das erste radgetriebene Fahrzeug fertig haben – und nach zwölf bis 13 Monaten den ersten [Schützenpanzer] Lynx". Daneben setzt das Unternehmen stark auf die Vereinigten Staaten, deren Streitkräfte es schon lange beliefert. [...]

Bestärkt wurde der Konzern in seinen Vorhaben durch den "Munitionsgipfel" Ende vergangenen Jahres im Kanzleramt. [...] Für 20 Milliarden Euro will die Bundesregierung schnellstens Munition beschaffen; kaum weniger als im Bundesetat 2023 für das Ressort "Bildung und Forschung" vorgesehen sind: 20,5 Milliarden Euro. Pisa lässt grüßen! [...]

[1] The SIPRI [Top 100 Arms-producing and Military Services Companies](#), 2022

Vollständiger Text: [isw-muenchen.de](#)

SIPRI:

Die 100 größten

Rüstungskonzerne weltweit

Um 3,5 Prozent auf 597 Milliarden Dollar (preisbereinigt) gingen die aggregierten Umsätze der globalen Top 100 Waffenfabrikanten im Jahr 2022 zurück, berichtet das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI Anfang Dezember, 2023.

[https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-11/fs_2312_top_100_2022.pdf]

Der Rückgang ist aber nicht etwa der Einstieg in die Abrüstung.

Im Gegenteil.
([isw-München](#))

Rüstungsinformationsbüro:

<https://rib-ev.de/>

Rheinmetall-Hauptversammlung am 14. Mai 2024 und Rheinmetall-Entwaffnen-Camp in Kiel 3.-8. September 2024

Die Hauptversammlung des größten deutschen Rüstungskonzerns findet im Jahr 2024 am Dienstag, dem 14. Mai statt. In den vergangenen Jahren gab es an diesem Tag dezentrale Proteste, unter anderem vor dem Konzernsitz in Düsseldorf und an anderen Rheinmetall-Standorten. Die **Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre** nehmen an der virtuellen Hauptversammlung teil und stellen viele Fragen zum mörderischen Geschäft des Rüstungsunternehmens.



<https://rheinmetallentwaffnen.org/>

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>

<https://rheinmetall-hauptversammlung.org/>

Palästina

SiG-Sonderseite: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina>

Europäische Zivilgesellschaft

Dringender Aufruf zur Beendigung des Völkermordes

159 europäische zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften haben einen dringenden Brief an die EU-Vertreter und europäischen Entscheidungsträger geschickt, in dem sie die dringende Notwendigkeit zum Ausdruck bringen, im Einklang mit dem IGH-Urteil zu handeln, ihre Verpflichtungen als Drittstaaten zu erfüllen und den Völkermord in Gaza zu beenden.

An:
Präsidentin Ursula von der Leyen
Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis, Europäische Kommission
Herr Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates
Frau Roberta Metsola, Präsidentin des Europäischen Parlaments
Premierminister Alexander De Croo, Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union
Herr Josep Borrell, Hoher Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik
Premierminister aller EU-Mitgliedstaaten
Herr Rishi Sunak, Premierminister des Vereinigten Königreichs
Herr Jonas Gahr Støre, Premierminister von Norwegen,

einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand und uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe nach Gaza.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass [26 EU-Mitgliedstaaten](#) zu einer "sofortigen humanitären Pause" aufgerufen haben, was zwar einen Schritt nach vorne unter Umgehung der Konsensregeln bedeutet, jedoch aber weit entfernt von einer dringend notwendigen dauerhaften Waffenruhe ist. Wir bekräftigen die [jüngste Forderung](#) des Europäischen Parlaments nach einem "sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand".

Die Geschichte lehrt uns jedoch, dass ein solcher Aufruf ohne durchsetzbare Maßnahmen nicht zur Einhaltung durch die israelische Regierung führen wird. Wir fordern Sie auf, den Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und keine sinnlosen Vorwürfe zu erheben, während die israelische Regierung weiterhin vollendete Tatsachen schafft. Sie haben nur dazu gedient, Israel Zeit zu verschaffen, um den Ausbau illegaler Siedlungen, die Enteignung palästinensischen Landes und palästinensischer Ressourcen, die Zerstörung von Leben, Eigentum und Gemeinden sowie die Verfestigung der Besatzung durch unterdrückerische und diskriminierende Gesetze und Praktiken fortzusetzen. All dies stellt Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Ihre Untätigkeit hat das palästinensische Volk in den letzten 57 Jahren im Stich gelassen und ist in den letzten 155 Tagen zum Komplizen eines möglichen Völkermordes geworden. In der Zwischenzeit ist Palästina in unzusammenhängende kleine Bantustans mit wenig Hoffnung auf einen lebensfähigen Staat zerfallen. Die kollektive Bestrafung, die dem Gazastreifen in den letzten 17 Jahren auferlegt wurde, hat sich zu einer mahlenden Völkermordmaschine entwickelt, die ihr Ziel fast erreicht hat. Wir haben keine Zeit mehr für den gleichen gescheiterten Versuch. Jeder Tag, der vergeht, kostet Leben.

12. März 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,
die unterzeichnenden Organisationen fordern die EU und alle europäischen Länder auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um **die drohende israelische Bodeninvasion in Rafah zu stoppen und Israel mit allen Mitteln zu zwingen, den Völkermord zu beenden.** Es wird keine andere Möglichkeit geben.

Die Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen warnen vor einer unumkehrbaren Katastrophe nach einer Bodeninvasion in Rafah, wo 1,4 Millionen vertriebene Palästinenser in improvisierten Unterkünften zusammengepfercht sind und keine Möglichkeit zur Flucht haben. Ägypten und die humanitäre Gemeinschaft werden mit einem inakzeptablen Dilemma konfrontiert: Entweder sie unterstützen die ethnische Säuberung des Gazastreifens, um Leben zu retten, oder sie lassen das Vollenden des Massenmordes zu. **Dies ist die letzte Chance für die internationale Gemeinschaft zu handeln. Ohne ein entschlossenes Handeln der internationalen Gemeinschaft wird die Auslöschung des Gazastreifens vollendet werden.**

Mehr als 155 Tage nach Beginn des Krieges gegen die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens hat das moralische Versagen der internationalen Gemeinschaft, einen sofortigen Waffenstillstand zu verhängen, zu dieser beispiellosen "Krise der Menschlichkeit" beigetragen. Was sich in Gaza abgespielt hat, widerspricht jeder Menschlichkeit. Wir haben an Sie appelliert, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Katastrophe zu verhindern. Der UN-Generalsekretär, UN-Experten, Menschenrechtsorganisationen und Millionen von Bürgern auf der ganzen Welt fordern mit einer Stimme:

Die Erklärung der israelischen Regierung, ihre Militäroperation auf Rafah auszudehnen, folgt auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) als Antwort auf die [Klage Südafrikas, das Israel des Völkermordes beschuldigt](#). Das Gericht bestätigte, dass zumindest einige der südafrikanischen Anklagepunkte plausibel sind, und wies Israel an, ungehinderten humanitären Zugang zu gewähren und alle Akte des Völkermordes einzustellen. 45 Tage nach dieser vorläufigen Entscheidung ist klar, dass Israel die Anordnungen des höchsten Gerichts der Welt eklatant ignoriert hat. Die wahllose Tötung und Verstümmelung von Zivilisten, die weitreichende Zerstörung der zivilen Infrastruktur, ein-

schließlich Krankenhäusern und sanitären Einrichtungen, und die gezielten Angriffe auf Mediziner und Journalisten haben auch nach dem Urteil des IGH nicht aufgehört. Der Zugang für humanitäre Hilfe wurde noch stärker eingeschränkt als vor dem Urteil. Da fast alle Krankenhäuser entweder zerstört oder funktionsuntüchtig gemacht wurden, droht den Menschen ein vermeidbarer Tod, weil es an medizinischer Versorgung mangelt. Hungersnöte und ansteckende Krankheiten haben bereits begonnen, Menschenleben zu fordern. Es wird mit einer noch höheren Zahl von Todesopfern gerechnet, wenn nicht sofort eingegriffen wird.

Je deutlicher die Missachtung des IGH-Urteils durch die israelische Regierung wird, **desto zwingender wird die Verantwortung von Drittstaaten, Israel zur Einhaltung des Urteils zu zwingen.** Bei schweren Verstößen gegen das Völkerrecht, wie z. B. Völkermord, haben Drittstaaten sowohl eine passive als auch eine aktive Verantwortung: Sie müssen die Begehung solcher internationalen Verbrechen "nicht unterstützen" und aktiv "verhindern". Die internationale Gemeinschaft muss diesen Verpflichtungen mit allen verfügbaren Mitteln nachkommen. Zunächst müssen alle Aktivitäten eingestellt werden, die die Begehung eines laufenden Völkermordes direkt unterstützen. **Jegliche Militärhilfe und Waffenverkäufe an Israel müssen verboten werden.**

[UN-Experten haben die Ankündigung Spaniens, Italiens und der wallonischen Regionalregierung Belgiens begrüßt. Waffenlieferungen an Israel auszusetzen.](#) Das Berufungsgericht in Den Haag wies die niederländische Regierung an, den [Export von Teilen des F-35-Kampfflugs](#) nach Israel zu stoppen, da eindeutig die Gefahr bestehe, dass diese Teile bei schweren Menschenrechtsverletzungen eingesetzt würden, womit es sich eindeutig dem IGH anschloss. Während wir auf die unverzügliche Umsetzung dieser Entscheidungen warten, **fordern wir alle europäischen Regierungen auf, mit sofortiger Wirkung ein umfassendes Waffenembargo zu verhängen.** [Wie der HRVP Josep Borrell selbst sagte,](#) ist es unlogisch, weiterhin Waffen zu liefern, während man gleichzeitig seine Besorgnis über das übermäßige zivile Sterben in Gaza zum Ausdruck bringt. Länder wie die USA, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Kanada und Frankreich, die weiterhin Waffen an Israel liefern, ermöglichen es Israel, seine Menschenrechtsverletzungen fortzusetzen **und laufen Gefahr, sich an einem Völkermord zu beteiligen.**

Um die vorläufigen Maßnahmen des IGH zur **Gewährleistung des humanitären Zugangs zu erfüllen,** müssen alle Staaten die humanitäre Gemeinschaft unterstützen und schützen. Fast unmittelbar nach der vorläufigen Entscheidung des IGH erhob Israel den Vorwurf, 12 Mitarbeiter des Hilfswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) seien in den Hamas-Anschlag vom 7. Oktober letzten Jahres verwickelt gewesen. Mehrere Staaten, darunter die USA, das Vereinigte Königreich, Australien, Österreich, Finnland, die Niederlande und Schweden, beeilten sich, ihre Finanzhilfen für das UNRWA auszusetzen, obwohl das Hilfswerk die beschuldigten Personen umgehend entließ und eine interne Untersuchung einleitete, **obwohl Israel bis heute keine Beweise vorgelegt hat.**

Das ungewöhnlich schnelle Vorgehen dieser Staaten gegen das UNRWA auf der Grundlage einer unbewiesenen Anschuldigung, die nur weniger als 0,1 % aller UNRWA-Mitarbeiter betrifft, ist wirklich erstaunlich. Die humanitäre Gemeinschaft, einschließlich der neuen [UN-Koordinatorin für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau in Gaza, Sigrid Kaag,](#) reagierte mit dem Argument, dass die Rolle des UNRWA bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe absolut unerlässlich und unersetzlich sei. Dieser enorme Rückschlag wird die Fähigkeit des UNRWA, den palästinensischen Flüchtlingen in dieser kritischsten Zeit der jüngeren Geschichte wichtige humanitäre Hilfe zu leisten, ernsthaft beeinträchtigen. Das UNRWA ist die einzige Lebensader für Millionen von Palästinensern, erst recht unter den derzeitigen Umständen in Gaza. **Die Streichung der Mittel für das UNRWA ist eine eklatante Missachtung der vorläufigen Maßnahmen des IGH und eine inakzeptable Beleidigung für die heldenhafte humanitäre Organisation,** die unter extrem schwierigen Bedingungen arbeitet. Organisationen der Zivilgesellschaft in diesen Ländern haben dazu aufgerufen, diese unverantwortliche Entscheidung rückgängig zu machen. Wir danken einigen europäischen Ländern, namentlich Belgien, Irland, Spanien und Norwegen, dass sie dem UNRWA weiterhin ihre Unterstützung zugesichert haben. Wir begrüßen auch die [Entscheidung der EU, die Finanzierung des UNRWA fortzusetzen, was die folgende Erklärung des Hohen Vertreters Josep Borrell widerspiegelt:](#) "Eine Streichung der Mittel für das UNRWA wäre sowohl unverhältnismäßig als auch gefährlich.". Wir fordern diese rücksichtslosen Länder, die ihre Unterstützung für das UNRWA zurückgezogen haben, erneut auf, ihre Entscheidung rückgängig zu machen und den Verpflichtungen aus dem Urteil des IGH nachzukommen. **Diese Länder könnten alle mit dem Vorwurf der Unterstützung des Völkermordes konfrontiert werden, wie bereits das Verfahren gegen Deutschland vor dem IGH gezeigt hat.**¹

Es ist endlich an der Zeit, dass Europa als größter Handelspartner Israels, auf den fast 30 % des israelischen Warenhandels entfallen, ein möglichst starkes Druckmittel anwendet. Wir begrüßen die [jüngste Aufforderung Spaniens und Irlands,](#) das Verhalten Israels im Bereich der Menschenrechte zu überprüfen, wie es in Artikel 2 des **Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel** festgelegt ist. Viele der Unterzeichner dieses Schreibens haben immer wieder dessen sofortige Aussetzung gefordert. Die kolossalen Menschenrechtsverletzungen Israels, die von den Vereinten Nationen, UN-Experten und Menschenrechtsorganisationen über Jahrzehnte hinweg dokumentiert wurden, sind nun auch im Gerichtssaal ans Licht gekommen, da der IGH auf Antrag der UN-Generalversammlung eine weitere Anhörung [zu den rechtlichen Folgen der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete](#) durchführt. Zusammen mit der früheren Anhörung, in der Israel des Verbrechens des Völkermordes angeklagt wurde, bedürfen diese vorgelegten Beweise keiner weiteren Untersuchung. Wir fordern, dass alle europäischen Länder auf der Grundlage ihrer eigenen bilateralen Abkommen mit Israel dringend ähnliche wirtschaftliche, politische und diplomatische Maßnahmen ergreifen.

¹ In der Zeit der Unterschriftensammlungen nahmen auch Kanada und Schweden ihre Finanzierung des UNRWA wieder auf.

Die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel und ähnliche Handelsmaßnahmen der wichtigsten europäischen Länder, **ergänzt durch ein koordiniertes vollständiges Waffenembargo**, sind die einzige Möglichkeit, den anhaltenden Völkermord in Gaza zu stoppen.

Es ist an der Zeit, Europas moralische Grundsätze in die Tat umzusetzen und zu zeigen, dass sein Engagement für die Menschenrechte echt ist.

Wenn wir jetzt nicht handeln, bedeutet dies, dass wir das palästinensische Volk und das gesamte Völkerrechtssystem

mit den Vereinten Nationen im Mittelpunkt völlig im Stich lassen, was sehr gefährliche globale Folgen hätte. Es könnte sogar die Mitschuld an einem Völkermord bedeuten. Die UN-Charta und die verschiedenen Konventionen beruhen auf dem heiligen Versprechen "Nie wieder", die Menschheit vor den Geißeln des Krieges und der mutwilligen Zerstörung zu bewahren. Sie haben die moralische Pflicht, diesen Geist zu bewahren.

<https://www.eccpalestine.org/european-civil-society-urgent-call-to-stop-the-genocide/>

(mit der Liste der unterzeichnenden Organisationen)

Übersetzung: SiG-Redaktion

Verhungern in Gaza!?

Oxfam International: Noch nie dagewesenes Leid und Zerstörung verursachen:

15.03.2024 - Sieben Wege, wie die israelische Regierung die internationale humanitäre Hilfe im Gazastreifen absichtlich blockiert und/oder untergräbt - <https://www.oxfam.org/en>

[Englisches Original](#) – Zusammenfassung von Martin Breidert

1. Eine totale militärische Belagerung, die einer kollektiven Bestrafung gleichkommt: Israel kontrolliert den gesamten See- und Luftweg zum Gazastreifen sowie die Landgrenzen (einschließlich der De-facto-Kontrolle über den von Ägypten betriebenen Grenzübergang Rafah). Nur zwei Grenzübergänge (Rafah und Karem Abu Salem (Kerem Shalom)) sind geöffnet und nicht voll funktionsfähig, so dass die Zivilbevölkerung des Gazastreifens nicht mit lebenswichtigen Gütern wie Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten und Treibstoff versorgt werden kann.

2. Ein ungerechtfertigt ineffizienter Prozess von Inspektionsprotokollen: Die Hilfslieferungen werden durch schwerfällige, sich wiederholende und unvorhersehbare Genehmigungs- und Kontrollverfahren behindert, die dazu führen können, dass Lastwagen im Transitverkehr stehen bleiben und im Durchschnitt 20 Tage lang in Warteschlangen festsitzen.

3. Willkürliche Ablehnung von "Gütern mit doppeltem Verwendungszweck" (dual-use): Die israelischen Behörden verweigern Konvois mit lebensrettenden Hilfsgütern routinemäßig die Einreise durch willkürliche Entscheidungen, oft aufgrund ihrer undurchsichtigen Verwendung der verbotenen "Dual-Use"-Liste.

4. Dezimierung, Zerstörung und Störung: Der israelische Angriff ist in seiner Intensität, Brutalität und seinem Ausmaß beispiellos, und die Mitarbeiter von Hilfsorganisationen im Gazastreifen sind der gleichen Gefahr, dem gleichen Trauma und der gleichen Vertreibung ausgesetzt wie der Rest der 2,3 Millionen Palästinenser, die im Gazastreifen eingeschlossen sind. Der Einsatz kollektiver Bestrafung und des Hungers als Kriegswaffe hat die Enklave praktisch unbewohnbar gemacht.

5. Angriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, humanitäre Einrichtungen und Hilfskonvois: Das Benachrichtigungssystem oder die "Entflechtung" - oder der Schutz vor militärischen Angriffen - von zivilen und humanitären Einrichtungen wird nicht beachtet und ist nicht vertrauenswürdig. Mitarbeiter humanitärer Organisationen, Konvois und Hilfsgüter wie Lagerhäuser, Lagerplätze und Gastehäuser sowie lebensrettende zivile Infrastrukturen wie Krankenhäuser wurden angegriffen.

6. Fehlende Sicherheit und erzwungene Vertreibung:

Es gibt keine Sicherheit im Gazastreifen. Obwohl Israel behauptet, mit Vorwarnungen und Evakuierungsempfehlungen alles in seiner Macht Stehende zu tun, sind 1,7 Millionen Palästinenser (mehr als 70 % der Bevölkerung des Gazastreifens) auf der Flucht und nirgendwo sicher.

7. Systematische Verweigerung von humanitären Missionen und Zugangsbeschränkungen für humanitäre Helfer: Israel hat den nördlichen Gazastreifen vollständig abgeriegelt und verweigert humanitären Missionen den Zugang. Internationalen humanitären Helfern wird der Zugang nach Israel und in die OPT verweigert, da Anträge auf Arbeitsvisa nicht bearbeitet werden.

CURRENT: 15 FEBRUARY - 15 MARCH 2024

 <p>2.13M 95% of the population analysed</p> <p>People facing high acute food insecurity (IPC Phase 3 or above)</p> <p>IN NEED OF URGENT ACTION</p>	Phase 5	677,000 People in Catastrophe
	Phase 4	876,000 People in Emergency
	Phase 3	578,000 People in Crisis
	Phase 2	96,000 People Stressed
	Phase 1	0 People in food security

Hunger in Gaza: Graphiken aus <https://www.ipcinfo.org> BIP-Aktuell #295: Aushungern und Töten

Israels Strategie in Gaza: Hunger als Waffe (Chris Hedges, Telepolis) "Die Geschichte der Menschheit ist eine einzige lange Gräueltat an den Armen und Verletzlichen der Welt. Gaza ist schon heute ein weiteres Kapitel davon."

UN expert: Israel is engineering famine in Gaza mondoweiss.net

Lage in Gaza – Interview Udo Bullmann, MdEP, SPD, DLF 7.3.2024

Berlinale 2024: „No Other Land“

von Basel Adra, Hamdan Ballal, Yuval Abraham, Rachel Szor, Palästina / Norwegen 2024

Basel Adra, ein junger palästinensischer Aktivist aus Masafer Yatta (1) im Westjordanland, kämpft seit seiner Kindheit gegen die Vertreibung seiner Gemeinschaft durch die israelische Besatzung. Er dokumentiert die schrittweise Auslöschung der Dörfer seiner Heimatregion, wo Soldat*innen im Auftrag der israelischen Regierung nach und nach Häuser abreißen und ihre Bewohner*innen vertreiben. (2) Irgendwann begegnet er Yuval, einem israelischen Journalisten (3), der ihn in seinen Bemühungen unterstützt. Eine unwahrscheinliche Allianz entsteht.

Der Film eines palästinensisch-israelischen Kollektivs vierer junger Aktivist*innen entstand als Akt des kreativen Widerstands auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit.

(1) <https://www.972mag.com/topic/masafer-yatta/>

(2) <https://www.972mag.com/writer/basil-al-adraa/>

(3) <https://www.972mag.com/writer/yuval-abraham/>

Der Berlinale Dokumentarfilmpreis 2024, gestiftet vom rbb, ging an den Film "No Other Land". [Trailer](#) [Reportage über die Filmemacher bei 3sat](#)

(verfügbar bis zum 30. April 2024)



Reden, auch als [Video](#), und eine Reaktion von Yuval Abraham auf die Anfeindungen:

Basel Adra: Good evening, everybody. We're glad to be here and grateful. It's our first movie since many years.

My community, my family has been filming our community being erased by this brutal occupation. I'm here celebrating the award, but it's also very hard for me to celebrate when there are tens of thousands of my people being slaughtered and massacred by Israel in Gaza. Masafer Yatta, my community is also being also erased by Israeli bulldozers. I ask one thing for Germany as I am in Berlin here: to respect the UN calls and stop sending weapons to Israel.

Yuval Abraham: I want to say, we are standing in front of you now. Me and Basel are the same age. I am Israeli, Basel is Palestinian and in two days we will go back to a land where we are not equal. I am living under a civilian law and Basel is under military law. We live 30 minutes from one another, but I have voting rights and Basel is not having voting rights. I'm free to move where I want in this land, Basel is like millions of Palestinians locked in the occupied West Bank. This situation of apartheid between us, this inequality, it has to end. We ask how we can make a change to end the occupation, to move for a political solution and we don't really have the answer, but I think one answer is for people to really stand up. There is a lot of powerful people in this room, there is a lot of ministers and people whose voices are heard. We need to call for a ceasefire, we need to call for a political solution to end the occupation.

Yuval Abraham, 27.2.2024

Unser Film „No Other Land“ über die brutale Vertreibung des besetzten Masafer Yatta wurde bei der Berlinale als bester Dokumentarfilm ausgezeichnet. Der israelische Sender 11 strahlte diesen 30-sekündigen Ausschnitt meiner Rede aus und nannte ihn wahnsinnig „antisemitisch“ – und seitdem erhalte ich Morddrohungen. Ich stehe hinter jedem Wort.

Ein rechtsgerichteter israelischer Mob kam gestern in das Haus meiner Familie, um nach mir zu suchen, und bedrohte enge Familienmitglieder, die mitten in der Nacht in eine andere Stadt flohen. Ich erhalte immer noch Morddrohungen und musste meinen Heimflug stornieren. Dies geschah, nachdem israelische Medien und deutsche Politiker meine Preisverleihungsrede auf der Berlinale - in der ich die Gleichberechtigung zwischen Israelis und Palästinensern, einen Waffenstillstand und ein Ende der Apartheid forderte - absurderweise als "antisemitisch" bezeichneten.

Der entsetzliche Missbrauch dieses Wortes durch Deutsche, nicht nur um palästinensische Kritiker Israels zum Schweigen zu bringen, sondern auch um Israelis wie mich zum Schweigen zu bringen, die einen Waffenstillstand unterstützen, der das Töten in Gaza beenden und die Freilassung der israelischen Geiseln ermöglichen würde, entleert das Wort Antisemitismus seiner Bedeutung und gefährdet damit Juden in der ganzen Welt. Da meine Großmutter in einem Konzentrationslager in Libyen geboren wurde und der größte Teil der Familie meines Großvaters von Deutschen im Holocaust ermordet wurde, finde ich es besonders empörend, dass deutsche Politiker im Jahr 2024 die Dreistigkeit besitzen, diesen Begriff in einer Weise gegen mich zu verwenden, die meine Familie gefährdet.

Vor allem aber bringt dieses Verhalten das Leben des palästinensischen Co-Direktors Basel Adra in Gefahr, der unter einer militärischen Besatzung umgeben von gewalttätigen Siedlungen in Masafer Yatta lebt. Er ist in weitaus größerer Gefahr als ich. Ich freue mich, dass unser preisgekrönter Film "No Other Land" eine wichtige internationale Debatte zu diesem Thema auslöst, und ich hoffe, dass Millionen von Menschen den Film sehen werden, wenn er in die Kinos kommt. Wir haben den Film gemacht, um eine Diskussion anzustoßen. Man kann harte Kritik an dem üben, was ich und Basel auf der Bühne gesagt haben, ohne uns zu verteideln. Wenn es das ist, was ihr mit eurer Schuld am Holocaust macht – ich will eure Schuld nicht.

https://twitter.com/yuval_abraham Übersetzung der SiG-Redaktion



<https://cfpeace.org/>

Wird unser Aktivismus letztendlich Frieden und Gerechtigkeit für Israelis und Palästinenser bringen? Wir glauben, dass es so sein wird. Wir wissen nicht, wann, aber wir wissen wie und warum. Wir sind überzeugt, dass unser Ansatz der richtige Weg ist. Es kann noch viele Jahrzehnte dauern, aber inspiriert von anderen langjährigen Kämpfen für Gerechtigkeit und Menschenrechte im Laufe der Geschichte, wollen wir weitermachen und entschlossen bleiben, auch wenn die Zeiten hart sind.

Wir, Palästinenser und Israelis, leisten gemeinsam Widerstand gegen die Gewalt, die Unterdrückung und die Ungerechtigkeit. Wir wählen den Weg des Friedens und des gegenseitigen Respekts. Wir bereiten den Weg für künftige Generationen. Wir lieben unser gemeinsames Land, und wir wissen, dass es Platz für zwei Völker hat.

Our Battle for Peace and Justice <https://www.youtube.com/watch?v=9gBYmHK2Bhs>

Präsentation (3 Min.) <https://www.youtube.com/watch?v=YobBDerRPf8&t=164s>

Aktuelle Aktionen: <https://www.facebook.com/c4peace/>

American Friends of Combatants for Peace, <https://afcp.org/>

Tuly and Jamil, Geschichte eines israelischen Soldaten und eines Palästinensers: [Video](#), 7 Min.

Eine persönliche Botschaft von Jamil Qassas, unserem palästinensischen Generalkoordinator, nach dem 7. Oktober

Liebe Freunde,

mein Name ist Jamil Al-Qassas. Ich bin ein palästinensischer Flüchtling. Meine Familie wurde 1948 von der israelischen Armee aus ihrem Dorf vertrieben. Die aktuellen Szenen, in denen Palästinenser aus ihren Häusern in Gaza vertrieben werden, erinnern mich an die Nakba von 1948.

Ich bin im Flüchtlingslager Dheisheh aufgewachsen. Während der ersten Intifada im Jahr 1987 war ich der Härte der Besatzung ausgesetzt. Unser Haus wurde mehrmals am Tag von der israelischen Armee durchsucht, weil es in der Nähe der Hauptstraße lag, und wir waren der Gewalt der israelischen Armee ausgesetzt. Ich dachte, meine Kindheit sei hart gewesen, bis ich sah, was die Kinder in Gaza in den letzten Monaten erlebt haben: unablässiges Bombardement, kein sicherer Ort und kein Gefühl der Sicherheit.

Ich habe durch den Konflikt meinen Bruder, meine Mutter und viele Freunde verloren. In der ersten Intifada war ich ein erbitterter Kämpfer, aber im Laufe der Jahre habe ich gelernt, das Bild aus allen Blickwinkeln zu betrachten. Ich habe gelernt, dass Gewalt Gewalt erzeugt, und Rache erzeugt Rache. Die Ereignisse des 7. Oktober haben mich sehr verletzt. Ich verstand nicht, was da geschah. Die Nachrichten kamen wie ein Blitzschlag. Ich saß vor dem Fernseher, stand unter Schock und wusste nicht, wie ich mich verhalten und mit meinen israelischen Freunden kommunizieren sollte.

Zum ersten Mal war ich als Palästinenser nicht das Opfer. Normalerweise ergreifen meine israelischen Freunde die Initiative und beruhigen die Palästinenser, denn wir waren schon immer der Unterdrückung ausgesetzt. Ich brauchte Stunden, um das alles zu verarbeiten. Später begann Israels rachsüchtige Militäraktion gegen den Gazastreifen, und die Zahl der Todesopfer auf beiden Seiten nahm zu.

Wir, Palästinenser und Israelis, trauern gemeinsam. Als wir zum ersten Mal nach den tragischen Ereignissen bei Zoom zusammenkamen, konnte ich spüren, dass wir echte Empathie vorleben. Wir machen eine schwierige Zeit durch, aber wir halten die Flamme der Hoffnung am Leben, und ich bin stolz auf unsere gemeinsame Gemeinschaft von Aktivisten, die alle wie ein einziges schlagendes Herz handeln. Sie alle stehen in dieser Krisenzeit solidarisch füreinander ein.

Unsere Gemeinschaften durchleben eine schwierige emotionale, psychologische und wirtschaftliche Zeit. [...] Die Stimmen, die zu Hass, Wut und Rache aufrufen, sind sehr laut. Aber CfP wird nicht aufhören, aufzurufen und zu zeigen, dass es einen anderen Weg gibt. Wir werden die Hoffnung nicht verlieren. Wir arbeiten weiter für unsere kollektive Befreiung von Angst und Unterdrückung.

Die Menschheit sollte sich über alle politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Interessen hinweg vereinen. Als Palästinenser und Israelis fordern wir einen Waffenstillstand, die Befreiung aller Geiseln im Gazastreifen und der palästinensischen Gefangenen in Israel sowie die Arbeit an einer dauerhaften politischen Lösung. Lassen Sie uns unsere Menschlichkeit und Moral bewahren und daran festhalten. Das ist das Mindeste, was wir haben.

In Solidarität, Jamil

"Der Krieg wird enden. Die Führer werden sich die Hände reichen. Die alte Frau wird weiter auf ihren gemarterten Sohn warten. Das Mädchen wird auf ihren geliebten Mann warten. Und diese Kinder werden auf ihren heldenhaften Vater warten. Ich weiß nicht, wer unser Heimatland verkauft hat. Aber ich habe gesehen, wer den Preis dafür bezahlt hat." (Mahmoud Darwish)

[Original auf Englisch](#) – Übersetzung: SiG-Redaktion

Breaking the Silence <https://www.breakingthesilence.org.il> is an organization of veteran soldiers who have served in the Israeli military since the start of the Second Intifada and have taken it upon themselves to expose the public to the reality of everyday life in the Occupied Territories. [...] Our work aims to bring an end to the occupation.

Solidarität

Weltweite Solidaritätsaktivitäten, z.B.

1. Forderung nach Waffenstillstand und Freilassung der Palästinenser /der israelischen Geisel

Resolution des UN-Sicherheitsrats, 25. März 2024

2. Humanitäre Hilfe - Unterstützung der UNWRA

21.2.2024 - Die Zivilbevölkerung in Gaza ist in höchster Gefahr, während die Welt zuschaut: **Zehn Forderungen, um eine noch schlimmere Katastrophe zu verhindern** - VertreterInnen von Internationalen Organisationen: "Wir fordern Israel auf, seiner gesetzlichen Verpflichtung gemäß dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten nachzukommen, Nahrungsmittel und medizinische Hilfsgüter zu liefern und Hilfsmaßnahmen zu erleichtern, und wir fordern die führenden Politiker der Welt auf, eine noch schlimmere Katastrophe zu verhindern."

Erhaltet die UNRWA, das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge!

<https://www.unrwa.org> (mehr: [kopi](#))

Spende an UNRWA! Damit die humanitäre Hilfe im Gazastreifen nicht komplett zusammenbricht!

<https://donate.unrwa.org/one-time/~my-donation>

BIP-Aktuell #291: UNRWA in Gefahr: Der größten humanitären Hilfsorganisation im Gazastreifen drohen aus politischen Gründen Kürzungen der finanziellen Mittel

Forderungen an die Außenministerin Baerbock: Waffenlieferungen stoppen! UNWRA weiter finanzieren!

[Postkarte](#)

Statt Einsatz der Luftwaffe! (IMI): Öffnung der Zugänge und keine Behinderungen durch die israelische Armee!

3. Anerkennung Palästinas als vollwertiges Mitglied der UNO

Im Jahr 1988 erfolgte die Unabhängigkeitserklärung Palästinas durch die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO). Dessen Grenzen sind die Waffenstillstandslinie von 1948 (= die von Israel seit 1967 besetzten Gebiete), mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

Palästina wird von 138 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen als Staat anerkannt.

Celac fordert UNO zur Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas auf, 24.03.2024 - Panama-Stadt. Die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (Celac) hat ein Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, unterzeichnet, in dem sie eine Plenarabstimmung zur Anerkennung des palästinensischen Staates als Vollmitglied fordern. ([Amerika21](#))

4. Suspendierung des Assoziationsabkommens EU-Israel:

Forderung von **200 Organisationen**, März 2024

[Text](#): [fidh.org](#)

Zum Assoziationsabkommen: Artikel in SiG [77](#), [95](#), [113](#)

5. Keine Bewaffnung Israels!

200 Parlamentarier aus 13 Ländern: „Wir werden in unseren jeweiligen gesetzgebenden Versammlungen sofortige und koordinierte Maßnahmen ergreifen, um unsere Länder daran zu hindern, Israel zu bewaffnen.“

22. März 2024 - Wie [Antiwar.com](#) und [Democracy Now](#) berichteten **hat die kanadische Regierung angekündigt, Waffenlieferungen an Israel zu stoppen**. <https://www.imi-online.de/2024/03/22/kanada-waffenlieferungsstopp/>

Stop arming Israel Übersicht der Firmen in Frankreich, die Waffen an Israel liefern

<https://www.palestinecampaign.org/wp-content/uploads/stop-arming-israel-leaflet-PRINT.pdf>

<https://waronwant.org/news-analysis/stop-arming-israel>

u. a. m.

6. Öffentliche Aktionen und Informationen

Demonstrationen am 9. März 2024

Großbritannien: stopwar.org.uk

Frankreich: france-palestine.org

Via Campesina: 9. März 2024: Global Action against the Use of Starvation as Genocide in Palestine

Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gegen deutsche Regierungsbeamte **wegen Beihilfe zum Genozid in Gaza**: [Pressekonferenz](#) am 23. Februar; Initiative Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht für Palästina: <https://www.thepipd.com/actions/suppo...>

Varoufakis: Europe's responsibility for the Genocide of Palestinians – a summary indictment on DDN

Palästina-Kongress 2024

12.-14. April 2024 in Berlin

<https://palaestinakongress.de>

Englischsprachige Websites:

<https://www.democracynow.org/topics/gaza>.

<https://www.972mag.com/topic/gaza/>,

<https://www.stopwar.org.uk/>

Französischsprachige Websites: <https://orientxxi.info/>

<https://www.france-palestine.org>

7. Geschichtlicher Rückblick und Perspektiven

Entstehung und Ziele Israels seit 1948:

Karten von www.passia.org

<https://decolonizepalestine.com/introduction-to-palestine/>

Dr. Shir Hever: Vortrag vom 24.5.2023 in Bonn
Der Geist der Nakba – eine persönliche Betrachtung

Ein Gespräch mit Moshe Zuckermann:

Friedenslösung für Palästina. [Jw](#), 2.3.2024

Kampagne für EINEN demokratischen Staat:
<https://icahd.org/category/one-democratic-state-campaign/>

Katastrophe mit Ansage: Irak-Kriegsplaner in USA wollen Neuauflage in Gaza

4.3.2024

Mehrere maßgebliche Architekten der US-Invasion und Besetzung des Irak vor 21 Jahren haben einen Plan für den Wiederaufbau und die "Entradikalisierung" der Bevölkerung des Gazastreifens, die den Krieg überlebt, vorgelegt, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass Israel die "Handlungsfreiheit" behält, um seine Operationen gegen die Hamas und den Islamischen Dschihad fortzusetzen.

Der Plan, der am 29.2.2024 in Form eines Berichts des neokonservativen [Jüdischen Instituts für Nationale Sicherheitsfragen](#) (JINSA) und der [Vandenberg-Koalition](#) veröffentlicht wurde, fordert die **Gründung einer privaten Einrichtung, des "International Trust for Gaza Relief and Reconstruction"**, die von einer "Gruppe arabischer Länder wie Saudi-Arabien, Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten" geleitet und "von den Vereinigten Staaten und anderen Nationen unterstützt" werden soll. https://jinsa.org/jinsa_report/the-day-after-a-plan-for-gaza/ Im Hinblick auf die palästinensische Beteiligung sieht der [Bericht der "Gaza Futures Task Force"](#) einen Beirat vor, der sich "hauptsächlich aus Nicht-Hamas-Gazabewohnern aus dem Gazastreifen, dem Westjordanland und der Diaspora" zusammensetzt.

Ferner sollte die Palästinensische Autonomiebehörde, die im Westjordanland ansässig ist, bei der Gründung des Trusts "konsultiert werden und diesen öffentlich absegnen", während sie selbst einen Prozess der "Umgestaltung" durchläuft.

Neben der Ermächtigung Israels, gegen die Hamas und den Islamischen Dschihad im Gazastreifen zu intervenieren, sieht der Plan vor, dass die Leiter der Treuhandgesellschaft und "fähige Kräfte aus Staaten, die nicht in der Region angesiedelt sind und enge Beziehungen zu Israel haben" sowie "gründlich überprüfte Gaza-Einwohner" für die Sicherheit sorgen.

Die Stiftung sollte auch befugt sein, "private Sicherheitsunternehmen, die einen guten Ruf bei westlichen Militärs haben", in "enger Abstimmung mit den israelischen Sicherheitskräften" zu beauftragen, heißt es in dem Bericht.

Die Arbeitsgruppe, die den Bericht erstellt hat, besteht aus neun Mitgliedern, von denen vier unter dem früheren Präsidenten George W. Bush und im Vorfeld und nach der katastrophalen Irak-Invasion im Jahr 2003 eine Schlüsselrolle in der Nahostpolitik spielten. [...]

Mehr: [Telepolis.de](https://telepolis.de)

Israelische Regierung und Armee gegen UN-Beschlüsse

Erneut Vertreibung?

Die Pläne, die Bevölkerung aus Gaza zu vertreiben, sind dokumentiert ([Gaza Sondernummer 2](#), Seiten 45 ff.)

[BIP-Aktuell #293: In Rafah bahnt sich eine Katastrophe an](#)

Martin Griffiths, 13.02.2024:

[Militäroperationen in Rafah](#) könnten zu einem Gemetzel im Gazastreifen führen

Rafah befürchtet ein Gemetzel - [Berichte von Ärzten](#)

Egypt to create a gated high-security area in the reception of Palestinian refugees from Gaza,

<https://sinaiifhr.org/show/334> 14.02.2024

AcTVism Munich:

Schockierende IDF-Social-Media-Videos verhöhnern Gazaner – Enthüllung neuer Gräueltaten

Der mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Journalist **Glenn Greenwald** stellt die Berichterstattung der Leitmedien in Frage und zeigt Videos von israelischen Soldaten, die ziviles Eigentum in Gaza zerstören und die Bewohner verhöhnern, während sie dabei von den USA gelieferte Waffen verwenden. Er fordert die Zuschauer auf, die Moral und die Folgen der US-Beteiligung an ausländischen Kriegen zu überdenken. Dieses Video wurde von System Update produziert und am 08. Februar 2024 auf YouTube veröffentlicht. Wir haben es ins Deutsche übersetzt und veröffentlichten es heute erneut, um die Meinungsbildung zu diesem Thema in Deutschland und darüber hinaus zu fördern.

[AcTVism Munich, Video](#)

[972mag.com](#): Rugs, cosmetics, motorbikes:

Israeli soldiers are looting Gaza homes en masse

Peace Now: Die israelische Regierung erklärt 8.000 Dunam im Jordantal zu Staatsland

22.03.24 - Der Minister im Verteidigungsministerium, Bezalel Smotrich, gab bekannt, dass 8.000 Dunam [800 Hektar] im nördlichen Jordantal in der Nähe der Siedlung Yafit zu staatlichem Land erklärt worden sind. Diese Erklärung ergänzt [die Ankündigung von 2.640 Dunams am 29. Februar 2024](#), die zwischen den Siedlungen Ma'ale Adumim und Keidar liegen. Die Größe des zur Deklaration vorgesehenen Gebiets ist die größte seit den Osloer Verträgen, und das Jahr 2024 markiert einen Höhepunkt in der Ausdehnung der Deklarationen von Staatsland.

Die Ausweisung von Staatsland ist eine der wichtigsten Methoden, mit denen der Staat Israel versucht, die Kontrolle über Land in den besetzten Gebieten zu erlangen. Als Staatsland deklariertes Land gilt in den Augen Israels nicht mehr als Privatbesitz der Palästinenser und sie können es nicht nutzen. Außerdem [verpachtet der Staat staatliches Land ausschließlich an Israelis](#).

In den 1980er Jahren erklärte Israel Hunderttausende von Dunams zu Staatsland. Die Regierung Rabin beschloss 1992, die Ausweisung von Staatsland in den besetzten Gebieten einzustellen, aber die erste Regierung Netanjahus nahm diese Methode 1998 wieder auf. Seitdem werden in regelmäßigen Abständen Erklärungen abgegeben, die sich auf fast 40.000 Dunam belaufen.

Die Erklärung wurde noch nicht in den offiziellen Unterlagen veröffentlicht, und wir haben keine genauen Informationen über ihre Lage. [...]

Original auf Englisch: peacenow.org.il –

Übersetzung: SiG-Redaktion

Nach dem Beschluss des Internationalen Gerichtshofs zur KLAGE SÜDAFRIKAS gegen ISRAEL, 26. Januar 2024

Alle Dokumente: <https://www.icj-cij.org/case/192> – Klage und viele Dokumente, Stellungnahmen auf Deutsch:
<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/klage-sudafrikas-vor-dem-igh> und **SiG 153** (Seiten 11-16)

Initiative „Die Waffen nieder!“ Gazakrieg beenden – Rüstungsexporte stoppen – sofortige humanitäre Hilfe!

11.03.2024 - Erneut hat Südafrika wegen der humanitären Lage im Gazastreifen den Internationalen Gerichtshof (IGH) angerufen. Per Eilantrag soll er Israel anweisen, endlich ausreichend humanitäre Hilfsgüter in den Gazastreifen zu lassen. Denn dort sind eine Hungersnot und der Hungertod Tausender Menschen zur realen Gefahr geworden.

Die Initiative begrüßt die neuerliche Initiative Südafrikas und betont, dass der Krieg im Gazastreifen umgehend beendet und humanitäre Hilfe in ausreichendem Maß allen Bewohnern zur Verfügung gestellt werden müssen. [...] Der IGH forderte Israel auf, einen Genozid zu verhindern. [...] Deutschland als Israels zweitgrößter Waffenlieferant steht gerade aufgrund seiner Geschichte in der Verantwortung alles zu tun, den absoluten Tiefpunkt der Menschlichkeit, der sich im Umgang mit der Bevölkerung des Gazastreifens zeigt, zu überwinden. Eine „ethnische Säuberung“ durch Vertreibung der Palästinenser in den Sinai ist nicht hinnehmbar.

Der Nahostkonflikt kann nur mit einer Verhandlungslösung beendet werden, die die Gründung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 und dessen weltweite Anerkennung beinhaltet.

Wir rufen zur Teilnahme an Demonstrationen und Aktionen für einen Waffenstillstand im Gazastreifen, für die sofortige humanitäre Versorgung der dortigen Bevölkerung und für ein Rüstungsembargo gegen Israel auf.

Vollständiger Text: [pressenza](https://www.pressenza.it)

Anhörungen beim Internationalen Gerichtshof, 19.02 - 26.02.2024, [PM](#) und [Ablauf](#)

<https://www.icj-cij.org/case/186>

„ Gemäß der Resolution A/RES/77/247 der UN-Generalversammlung soll das IGH ein Gutachten zu folgenden Fragen [...] erstellen. Die Fragen:

(a) Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus der anhaltenden Verletzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch Israel? [...]

(b) [...] Was sind die rechtlichen Konsequenzen, die sich für alle Staaten und die Vereinten Nationen aus diesem Status ergeben?“ [Links zu den Anhörungen: Klage](#) , S. 88

[Human Rights Watch:](#)

[Israel ignoriert Gerichtshof, lässt Gaza aushungern](#)

Öffentliche Lesung der Klage

am 23. Februar 2024 in Hamburg:

[Film-Bericht](#) mit einem Vortrag von Norman Paech
[Bildmaterial Gaza 1](#) , [Gaza 2](#) , [Westbank 1](#) , [Solidarität](#) ,
[Karten](#); [Texte für Plakate](#)

Vortrag von Prof. Dr. Paech vom 11.3.2024 in Frankfurt zu den Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) und dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), die gegen den israelischen Staat bzw. israelische Einzelpersonen geführt werden:

[Israel und die Absicht zum Völkermord](#)

[Nicaragua verklagt die Bundesrepublik Deutschland](#)

<https://www.icj-cij.org/case/193> ; [amerika21](#)

"[...] Deutschland hat Israel politisch, finanziell und militärisch unterstützt [...]" [Text auf Englisch](#); [Übersetzung](#)

Einige Stimmen aus Palästina und Israel

Junge Menschen aus Gaza schreiben:

<https://wearenotnumbers.org/>

Kunst aus Gaza - Verleumdete Kunst

Norman Paech: [»Guernica-Gaza«](#) des palästinensischen Malers und Grafikers Mohammed Al-Hawajri.

[Finissage](#) der Ausstellung »Guernica-Gaza« am 29. Februar 2024 in der Berliner Maigalerie

Eine Stimme aus Israel gegen Hass und Rache:

Die israelische Psychiaterin Ruchama Marton engagiert sich seit ihrem Militärdienst in den 1950er Jahren bis heute gegen die israelischen Herrschaftsansprüche und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer. Angesichts der mangelhaften Gesundheitsversorgung in den besetzten Gebieten gründete sie 1988 die Organisation [Physicians for Human Rights Israel](#) (PHR-I).

Mehr: [Infosperber](#), 16.2.2024



Mustafa al-Kurd –
ein Nachruf [BIP-](#)
[Aktuell](#)

Weitere palästinensische und israelische Gruppen:

Texte und Berichte
in den [SiG-](#)
[Sondernummern](#)
zu GAZA

([Oktober 2023](#) und
[Dezember 2023](#))
und in [SiG 153](#)

Rüstungskooperation mit Israel stoppen!

[...] Die israelische Rüstungsindustrie konzentrierte sich (in den 90er-Jahren) auf hochtechnologische und vielseitig kompatible Komponenten in den Bereichen Avionik, Sensorik, Kommunikationselektronik und elektronische Kriegsführung. Die Kooperation mit deutschen Rüstungsunternehmen als Türöffner für den europäischen Markt ermöglichte deutsch-israelischen Joint Ventures lukrative Geschäfte. So erhielten die deutsche DASA und die israelische Firma Elbit 1999 den Zugschlag zur Modernisierung der griechischen Phantom-Kampfflugzeuge. Zeiss Optronics und das israelische Unternehmen Rafael bieten gemeinsam Aufklärungs- und Zielerfassungssysteme an.

Es folgten der Verkauf einer Reihe von deutschen U-Booten, die einen besonderen Stellenwert in dem deutschen Waffenexport nach Israel einnehmen. Diese Waffensysteme können Marschflugkörper abfeuern, die auch mit Nuklearsprengköpfen ausgestattet werden können. Im Oktober 2004 wurden die ersten deutschen U-Boote geliefert. Ein Jahr später folgen zwei Dolphin-U-Boote und im April 2010 drei MeKo-Korvetten. Zwei U-Boote kosten allein eine Milliarde Euro. Abschussgeräte für Panzerfäuste und bunkerbrechende Munition wurden im Dezember 2012 geliefert. Und Deutschland übernimmt auch selber Kosten: So ein Drittel der Kosten der von Israel bestellten Korvetten bei der Kieker Firma ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS). Es bestehen weiterhin teilweise Entwicklungskooperationen bei den Drohnen der Bundeswehr zwischen israelischen und deutschen Firmen.

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/post/2024/03/11/redebeitrag-von-stoparmingisrael-germany/>

Jacqueline Andres

Shut Elbit Down! Auch in Ulm, Berlin und Koblenz!

[...] Ein Kriegsprofiteur des brutalen Kriegs gegen Gaza ist das **israelische Rüstungsunternehmen Elbit Systems** [...]

Dieses Unternehmen stellt nach eigenen Angaben 80% der Drohnen der israelischen Streitkräfte. Das heißt, es sind auch die **Drohnen** von Elbit, die konstant über Gaza fliegen, die das ständige Brummen verursachen, das eine Vorwarnung für den Abschuss einer Bombe sein kann. Ein Brummen, das die ganze Bevölkerung Gazas terrorisiert. Ein Brummen, das nun auch vermehrt über den Städten Jenin, Nablus und Tulkarem in der Westbank zu hören ist, wo die israelischen Streitkräfte seit Oktober 2023 verstärkt angreifen – immer wieder auch mit bewaffneten Drohnen.

Elbit hat die Produktion und die Gewinne seit dem Ukrainekrieg gesteigert und nun erneut mit dem Krieg gegen Gaza.

Elbit testet die Waffen und Überwachungstechnologien an Palästinenser*innen in Gaza und in der Westbank.

Auf der eigenen Website bewirbt Elbit, dass die israelischen Streitkräfte jetzt die „Iron Sting“ – Eiserner Stachel offiziell eingeführt haben. Die Iron Sting, eine Laser- und GPS-gesteuerte Mörsermunition, wurde laut Elbit Systems erstmals während der Operation „Guardian of the Walls“ im Jahr 2021 in Gaza eingesetzt – „als voroperativer Test“. Doch die „offizielle Einführung“ sei erst jetzt im Gange, da im Gegensatz zur Operation Guardian of the Walls aktuell IDF-Bodentruppen die Munition einsetzen.

Hier in der BRD weitet die 100% Tochterfirma Elbit Systems Deutschland die Zusammenarbeit mit lokalen Rüstungskonzernen aus, um weiter Fuß auf dem europäischen Markt zu fassen, ein verheißungsvoller Markt, der mit dem 2% Ziel zukünftig weitere Milliarden an Rüstungsunternehmen zahlen wird. Milliarden für zukünftige Zerstörung und Tod. Dabei arbeitet Elbit mit anderen Kriegs- und Migrationsüberwachungsprofiteuren zusammen – hier in der BRD mit Rheinmetall, Diehl, Thales und Krauss-Maffei Wegmann. Erst werden ihre Bomben und Panzer und Drohnen und Raketen eingesetzt, um zu zerstören. Dann werden ihre Drohnen, Überwachungstechnologien und Grenzanlagen genutzt, um Menschen davon abzuhalten, vor ihren Bomben, Panzern und Drohnen in die EU zu fliehen.

Doch kaum ein Rüstungsunternehmen dürfte in den letzten Jahren so viel **Gegenwind** erhalten haben, wie Elbit Systems. Wir können etwas tun! In den **USA**, wo Elbit Systems of America – eine hundertprozentige Tochterfirma von Elbit – Überwachungsmasten entlang der Grenze von Arizona zu Mexiko errichtete, lautet ein Slogan der Aktivist*innen: **„From Palestine to Mexico, the walls have to go!“** Die hunderten Proteste und Aktionen, maßgeblich organisiert von **Palestine Action**, tragen Früchte, schauen wir in **Großbritannien**: Nach 18 Monaten der Mobilisierung schloss Elbit das Ferranti-Werk von Elbit in Oldham im Jahr 2022 – und verkaufte es mit einem Verlust von 6 Millionen Pfund.

Im gleichen Jahr schloss Elbit die Niederlassung in London. Nach Angaben von Palestine Action sorgten die Proteste auch dafür, dass zwei Großaufträge von Großbritannien nicht an Elbit gingen. Im Mai 2023 starteten Aktivist*innen eine monatelang andauernde Belagerung des Elbitwerkes in Leicester, Großbritannien. Dies geschah in Anspielung auf die seit 2007 währende völkerrechtswidrige Belagerung Gazas durch Israel, die mit Hilfe von Elbit aufrechterhalten bleibt. Seit Beginn der Operation „Eiserne Schwerter“ in Gaza gewannen die Proteste gegen das Rüstungsunternehmen an Fahrt. Seit Anfang Oktober 2023 fanden Proteste und Blockadeaktionen in zahlreichen Städten in **Australien**, **Großbritannien** und in den **USA** statt. Palestine Action schrieb auf Instagram: „Überall im Land stehen die Menschen auf, um die Produktion von Waffen zu stoppen, die für Israels andauernde Massaker am palästinensischen Volk bestimmt sind“. Seither kündigten die britische Personalrekrutierungsagentur iO Associates und der Immobilienverwalter der Drohnenfabrik von Elbit in Shenstone, Fisher German, die Zusammenarbeit mit Elbit auf. Laut Aktivist*innen von Palestine Action US sei der Börsenfall von Elbit um 6% am Nasdaq Mitte Oktober die Folge der zahlreichen Protestaktionen gegen das Unternehmen.

Am 21. Dezember 2023 fand der **globale Aktionstag gegen Elbit Systems** statt – eine Aktion gab es auch vor der Elbit Niederlassung in Ulm. [...] Dort produziert Elbit an zwei Standorten – das sind die einzigen Produktionsstandorte von Elbit in der BRD, sonst hat Elbit nur ein Büro in Berlin und in Koblenz. [...]

Shut Elbit Down! Auch in Ulm, Koblenz und Berlin!
Free free Palestine!

Quelle: Imi-online.de ; <https://www.palestineaction.org/>

Weltsozialforum 2024 in Kathmandu (Nepal)

<https://wsf2024nepal.org/>

Leo Gabriel, Mitglied des Internationalen Rats des Weltsozialforums: Eine andere Welt verwirklichen

Das Weltsozialforum in Kathmandu, Nepal, zeigte gemeinsame Ziele, aber auch Differenzen auf.

Als das seit 2001 bestehende Weltsozialforum am 19. Februar zu Ende ging, waren viele der an die 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erleichtert: die einen, weil es ihnen fünf Tage hindurch bei den über 400 Veranstaltungen den Eindruck vermittelte, dass sie in ihrer schwierigen Lebenssituation im südasiatischen Raum nicht alleine waren, und die anderen, weil sich die zahlreichen Aktivist:innen in ihrem Glauben bestätigt sahen, dass „eine andere Welt möglich“ ist.

Das kulturell bestimmte Umfeld des WSF

Überhaupt scheint der Glaube an das übersinnlich Wahrnehmbare in Nepal die Grundlage politischen Denkens zu sein. Auf Schritt und Tritt begegnet man auf den Straßen von Kathmandu den Bildern des lachenden Buddha oder des mehrarmigen Shiva, wobei im Laufe der Jahrhunderte (im Unterschied zu Indien) anstelle des religiösen Fundamentalismus ein toleranter, oft auch selbstironischer Synkretismus entstanden ist. Im Unterschied zur Volksrepublik China sind hier die tibetischen Mönche ebenso staatlich anerkannt wie die kastenlosen Dalits. Das war nicht zuletzt in einem ein Jahrzehnt langen Verfassungsprozess zum Ausdruck gekommen, der schließlich in der Abschaffung der Monarchie und der Einsetzung einer selbstbestimmten Parteiendemokratie seinen Ausdruck gefunden hat. Dabei hatten die Maoisten wegen ihrer Zusammenarbeit mit den in der Geschichte fest verankerten Dorfgemeinschaften die Oberhand gewonnen und stellen bis heute den Ministerpräsidenten und das Staatsoberhaupt.

All das spielte natürlich auch bei der Durchführung des Weltsozialforums eine große Rolle, an dem vorwiegend Nepales:innen und Besucher:innen aus Indien (ca. 3000) und Bangladesch teilnahmen. Aus Europa, Afrika und Lateinamerika waren vor allem Repräsentant:innen von NGOs zugegen, während die Nepales:innen die bereitgestellten Zelte mit hunderten Angehörigen der sozialen Bewegungen füllten; allen voran die der *Via Campesina* angehörende *All Nepalese Peasant Union* sowie die nepalesischen Gewerkschaften und Frauenbewegungen.

Konsens bei zwei globalen Themen: Palästina und Klimagerechtigkeit

Trotzdem spielten bei den Veranstaltungen zwei internationale Themenbereiche eine tragende Rolle: die Solidarität mit Palästina und die so genannte Klimagerechtigkeit, die der Auseinandersetzung zwischen den hauptsächlichen Ver-

ursachern im Norden und den Opfern im Süden gewidmet war. Es war den Aktivist:innen aus diesen beiden Themenbereichen zu verdanken, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Weltsozialforen bei den Versammlungen, die am letzten Tag stattfanden, Schwerpunkte für die Mobilisierung auf globaler Ebene gesetzt werden konnten. So fand zum Beispiel die Idee eines weltweiten Mobilisierungstags für den Frieden und gegen den Genozid in Gaza einhellige Zustimmung, wenngleich das genaue Datum dafür noch aussteht. (*Der 9. März 2024 wurde später vereinbart, SiG-Redaktion*)

Aber auch was das Thema der Klimagerechtigkeit betrifft, gab es weitgehende Übereinstimmungen; nicht zuletzt deshalb, weil Hunderttausende Bewohner:innen der Region um den Himalaya von der Gletscherschmelze in ihrer Existenz bedroht sind. „Dabei besteht aber das Problem, dass die meisten europäischen und nordamerikanischen NGOs ihre Vorschläge mit wissenschaftlichen Erkenntnissen begründen, ohne die Interessen und die Erfahrungen der lokalen Bevölkerung in Betracht zu ziehen“, erklärte der namhafte Soziologe Uddhab Pakurel, einer der ersten nepalesischen Promotoren des Weltsozialforums.

Politische Spannungen zwischen NGOs und sozialen Bewegungen.

Überhaupt wurde nicht nur von den nepalesischen Organisationen die Tatsache kritisiert, dass im Weltsozialforum den NGOs eine sowohl quantitativ als auch politisch tragende Rolle zukommt, was den Interessen der großen Bewegungen wie *Via Campesina*, des Internationalen Gewerkschaftsbundes ITUC oder der weltweiten Friedensbewegung des International Peace Bureau (IPB) entgegensteht. Das war auch der Grund, warum sich viele von diesen im letzten Jahrzehnt vom WSF zurückgezogen hatten. Denn während erstere aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeiten unter dem Vorwand des Prinzips der Diversität eine Art Konkurrenzverhalten an den Tag legen, haben die sozialen Bewegungen eher ein Interesse daran, die innere Einheit zu stärken, um nach außen, gegenüber ihrem Gegner, geschlossen auftreten zu können.

Diese Jahre, vielleicht Jahrzehnte lange Diskussion im Internationalen Rat des Weltsozialforums, die beim letzten WSF in Mexiko 2022 beinahe zum Bruch geführt hätte, wurde bei einem Treffen im Dezember 2022 in Tunis insofern überwunden, als dort beschlossen wurde, eine „Assem-

bly of Struggles and Resistences“ innerhalb des WSF zu gründen. Diese Versammlung kann nun in ihrem eigenen Namen politische Erklärungen und Aktionspläne beschließen, was dem WSF als solchem aufgrund der Charta von *Porto Alegre*, dem Gründungsdokument des WSF, verwehrt war.

Erklärung und Aktionsplan der sozialen Bewegungen

In Kathmandu wurde nun zum ersten Mal eine solche Versammlung, die weder das qualifizierte Mehrheitsprinzip von 80 % noch das gemeinsame Auftreten nach außen verhindert, auf die Probe gestellt. In vier verschiedenen, zentral organisierten Paneldiskussionen zu den Themenbereichen *Friede, Klimagerechtigkeit, Demokratie und Gendergerechtigkeit* gelang es, eine Diskussion voranzutreiben, die schließlich zur Verabschiedung eines gemeinsamen Schlussdokuments sowie zur Erstellung der Grundlagen für einen gemeinsamen Aktionsplan führte. Das Problem dabei war, dass gleichzeitig mit dieser Versammlung auch Versamm-

lungen zu den einzelnen Themenbereichen am letzten Tag des WSF stattfanden, sodass nur eine relativ kleine Anzahl der Organisationen anwesend war und der enorme Zeitunterschied zwischen Nepal, Europa und Lateinamerika die virtuelle Teilnahme der Daheimgebliebenen quasi verunmöglichte.

Ob es nun Kathmandu gelungen ist, den großen Durchbruch oder die, wie brasilianische Medien behaupten, „Wiederbelebung“ des Weltsozialforums zu erreichen, bleibt allerdings der Zukunft vorbehalten. Denn die Erneuerung des WSF ist ein Prozess, bei dem das Resultat weitgehend von der Umsetzung des Vorhabens abhängt.

Leo Gabriel, Mitglied der Redaktion von *lateinamerika anders*, ist Journalist und Sozialanthropologe sowie seit 2001 Mitglied des Internationalen Rats des Weltsozialforums.

<https://lateinamerika-anders.org/themen/eine-andere-welt-verwirklichen/>

Isabel Ortiz

Weltsozialforum: Gegengewicht zum Weltwirtschaftsforum in Davos



KATHMANDU, Nepal, 23. Februar 2024 (IPS) - Diese Woche fand in Nepal das Jahrestreffen 2024 des Weltsozialforums (WSF) statt. Fünfzigtausend Teilnehmer aus über 90 Ländern tauschten sich über Strategien zur Bewältigung der zahlreichen globalen Krisen aus, von Klimakatastrophen über ungebremsen Kapitalismus, Ungleichheit, soziale Ungerechtigkeit bis hin zu Kriegen und Konflikten.

23. Februar 2024 - Das WSF wurde 2001 als Gegengewicht zum elitären Charakter des Weltwirtschaftsforums (WEF) gegründet. Das WEF, das von einer Stiftung des privaten Finanzsektors gegründet und geleitet wird, fördert den Einfluss der Unternehmenswelt auf die Regierungen im Luxus-Skiort Davos (Schweiz).

Im Gegensatz dazu wurde das WSF als eine Arena für alternatives Denken geschaffen, in der die Basis und die soziale Avantgarde eine Stimme erhalten und die neoliberale Idee, dass "es keine Alternative gibt" (TINA), zurückweisen können; stattdessen wird bekräftigt, dass "eine andere Welt möglich ist", die auf Frieden, Menschenrechten, echter Demokratie, Gleichheit und Gerechtigkeit beruht.

Während Davos das Treffen für die 1 %, die reichsten Menschen des Planeten ist, ist Kathmandu das Treffen für den Rest von uns. Der [UN-Generalsekretär](#) wünschte dem WSF 2024, dass es "die Hoffnung wiederherstellen und innovative Lösungen für die Menschen und den Planeten finden möge".

In der Tat war das WSF 2024 eine Brutstätte für Ideen, alternative Erfahrungen und Strategien. Es gibt keine abschließende Zusammenfassung oder Jahreserklärung, da die Organisatoren des WSF bestrebt sind, die Pluralität und Vielfalt der Botschaften zu erhalten. Die folgenden Punkte geben meinen persönlichen Überblick über die wichtigsten diskutierten Themen wieder:

- Verurteilung des Völkermordes in Gaza, Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und der Gründung eines freien Staates Palästina.
- Ablehnung von Militarisierung und Kriegen: Reduzierung der Militärausgaben und der Macht, Förderung von Frieden und Demokratie. Die Verteidigungsausgaben steigen, während die Sparpolitik die Sozialausgaben kürzt; dieser Trend muss umgekehrt werden.
- Sich gegen den Aufstieg der extremen Rechten organisieren: Rechtsradikale Regierungen in aller Welt haben Demokratie, Menschenrechte und Zivilgesellschaft ausgehöhlt. Es gab Berichte über Zensur, Unterdrückung, Missbrauch der Justiz, ungerechtfertigte Razzien sowie ungerechtfertigte Inhaftierungen fortschrittlicher Bürger durch die Regierungen von Modi in Indien, Duterte auf den Philippinen, Orbán in Ungarn, Duda in Polen, Al-Sisi in Ägypten, Trump in den USA, Bolsonaro in Brasilien und weitere. Es gab auch viele Berichte über missbräuchliche Gerichtsverfahren von Unternehmen und Politikern gegen Journalisten, aktivistische Forscher und zivilgesellschaftliche Organisationen, was kritische Stimmen zum Schweigen bringt.
- **Ungleichheit bekämpfen**, um der übermäßigen Konzentration von Macht und Reichtum in den Händen einer kleinen Elite entgegenzuwirken. Ungleichheit ist das Ergebnis bewusster politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen und kann rückgängig gemacht werden, um eine gerechte, gleiche und nachhaltige Welt zu schaffen.
- **Schluss mit Austerität**, illegitimer Verschuldung und neoliberaler Wirtschaftspolitik, die die Bürgerinnen und Bürger auf ganzer Linie im Stich gelassen hat. Diese überholte Politik, die von internationalen Finanzinstitutionen (IFI) wie dem IWF und der Weltbank über die Finanzministerien und die G20 auferlegt wird, kommt vor allem Unternehmen und Investoren in den USA und in einigen wenigen Ländern des Nordens zugute und schadet so dem Leben der einfachen Menschen spürbar und dauerhaft. Es gibt alternative wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie die angemessene Besteuerung reicher Millionäre und Unternehmen, die das Wohlergehen der Menschen und des Planeten finanzieren können.
- Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen für Frauen, Dalits (die "Unberührbaren") und niedrigere Kasten, LGBT, Menschen mit Behinderungen und verschiedene Ethnien; Forderung nach Einführung und Umsetzung von integrativen Maßnahmen und Strategien zur Beseitigung von Ungleichheiten aufgrund von Klasse, Kaste, Geschlecht und Rasse.
- Das **Feministische Forum 2024** konzentrierte sich auf die Beseitigung systemischer Hindernisse, die die Rechte

der Frauen beeinträchtigen, vom Patriarchat bis zur makroökonomischen Politik, durch transformatorisches feministisches Handeln, das zu Veränderungen führt.

- Gewährleistung von öffentlichen Dienstleistungen, universeller sozialer Sicherheit oder sozialem Schutz und Arbeitsrechten für alle, einschließlich informell Beschäftigter und Migranten, anstelle des gegenwärtigen, von Austeritätsmaßnahmen angetriebenen Trends zur Privatisierung oder Kapitalisierung öffentlicher Dienstleistungen, zum Abbau von Sozialleistungen und zur Deregulierung des Arbeitsmarktes.
- Proteste und Bewegungen der Bauern: **La Via Campesina** ist heute die größte Bewegung mit zweihundert Millionen bäuerlichen Mitgliedern, die für Ernährungssicherheit, gegen Agrarindustrie und GVO kämpfen. Sie ist sehr aktiv, hat Allianzen mit Gewerkschaften und Bewegungen indigener Völker und ist ein gutes Vorbild für andere Bewegungen.
- **Klimagerechtigkeit**: In mehreren Sitzungen wurden Klimakatastrophen, die Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen für fossile Brennstoffe, gerechte Übergänge, Lebensräume und nachhaltige Entwicklung diskutiert.

Der mangelnde Wille der politischen und wirtschaftlichen Eliten der Welt, die vielfältigen Krisen von heute zu lösen, schürt die Unzufriedenheit der Bürger und die Enttäuschung über die herkömmlichen Parteien. Überall verlieren die Menschen das Vertrauen in Regierungen, Institutionen und wirtschaftliche und politische Systeme. Die Regierungen und führenden Politiker der Welt täten gut daran, auf die Ideen des Weltsozialforums zu hören und danach zu handeln.

Isabel Ortiz ist Direktorin des Global Social Justice Program bei der Initiative for Policy Dialogue an der Columbia University und ehemalige Direktorin der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und von UNICEF.

<http://www.ipsnews.net/2024/02/world-social-forum-counterweight-world-economic-forum/>, hier übernommen:

<https://www.globalissues.org/news/2024/02/23/36079>

Übersetzung: SiG-Redaktion

Isabel Ortiz hat an dieser Studie mitgewirkt: World Protests: A Study of Key Protest Issues in the 21st Century

<https://www.cadtm.org/World-Protests-A-Study-of-Key-Protest-Issues-in-the-21st-Century>

Weitere Informationen:

- Auf der WSF-Seite (<https://wsf2024nepal.org/news-management-category/press-release>):

Dokumente für die Medien https://drive.google.com/drive/folders/1XYh999eY_OHQJb9a8Uv2zKLz04Tr-Hez

- Eindrücke (Fotos und Videos): <https://focusweb.org/vignettes-from-the-world-social-forum-2024-in-nepal-peoples-power-and-solidarities-for-a-just-and-fair-future>

- Auf Deutsch: <http://www.weltsozialforum.org/>

Berichte über Workshops: <https://www.cadtm.org/The-CADTM-holds-seven-successful-workshops-at-the-World-Social-Forum-in>

Reclaiming our Rights to Food, Land and Water: <https://focusweb.org/wsf2024-reclaiming-our-rights-to-food-land-and-water>

Abschlussenerklärung des Weltsozialforums Kathmandu 2024



Das WSF 2024 zählte über 50.000 Teilnehmer mit über 1400 Organisationen aus sechs Kontinenten und 98 Nationen.

Als sich die Menschenmenge am Donnerstag durch das Zentrum von Kathmandu bewegte, war die Größe der Kundgebung gewaltig, doch es war die Vielfalt der Teilnehmer, die beim Solidaritätsmarsch des 16. WELTSOZIAL-FORUMS (WSF) 2024 hervorstach. Wellen von Menschen aus der ganzen Welt, die meisten in traditioneller Kleidung, einige in einheimischer Kleidung, einige in Arbeitskleidung, einige in Freizeitkleidung und einige in Anzügen, gingen Hand in Hand mit dem lauten Ruf "Eine andere Welt ist möglich". Es waren Arbeiter, Bauern, Gewerkschaften, Frauenorganisationen, LGBTQI-Organisationen, indigene Gruppen, ethnische Organisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen aus der ganzen Welt vertreten. Dieser Marsch und die anschließende große Eröffnungszeremonie bildeten den Auftakt für das WSF 2024 in Kathmandu.

Das Weltsozialforum geht auf zivilgesellschaftliche Bewegungen zurück, die Ende der 1990er Jahre gegen die Globalisierung aufkamen und 2001 zum ersten WSF in Porto Alegre, Brasilien, führten. Der Prozess für das WSF 2024 begann im November 2022, als Nepal als potenzielles Gastgeberland für das 16. WSF ausgewählt wurde. Das Auswahlverfahren wurde vom Internationalen Rat (IC) und dem Asiatisch-Pazifischen Sozialforum (APSF) durchgeführt.

Im März 2023 erteilte der Internationale Rat Nepal das Mandat, das WSF auszurichten, wobei Kathmandu die Gastgeberstadt sein sollte. Unmittelbar danach wurden in Nepal ein Generalrat, ein Organisationskomitee und verschiedene Unterkomitees mobilisiert, deren Mitglieder alle ehrenamtlich arbeiteten und entschlossen waren, das WSF 2024 zu einem Erfolg zu machen. Danach begann das nepalesische Organisationskomitee (NOC) mit der sorgfältigen Planung, einer weltweiten Massenmobilisierung und dem Start der WSF-Website. Organisatorische und individuelle Anmeldungen wurden eingerichtet, Bhrikuti Mandap wurde

als Veranstaltungsort ausgewählt, und das Organisationskomitee hielt wöchentliche Sitzungen ab, um die Fortschritte zu verfolgen und die Abläufe zu erleichtern. Ein Freiwilligenprogramm wurde gestartet, ebenso wie ein App-Programm. Alle Vorbereitungen waren auf einen reibungslosen und erfolgreichen Ablauf des WSF 2024 in Kathmandu ausgerichtet.

Der Zeitplan des WSF wurde nach Ablauf der Anmeldefrist Ende Januar festgelegt. Schon bald trafen die Teilnehmer in großer Zahl zum WSF ein, und die Eröffnungszeremonie begann am 15. Februar, als sich die Bhrikuti Mandap mit Menschen aus allen Teilen der Welt füllte, die auf der Suche nach Hoffnung, Inspiration und Solidarität waren.

Am WSF 2024 nahmen über 50.000 Menschen teil, darunter mehr als 1400 Organisationen aus sechs Kontinenten und 98 Nationen. Parallel dazu fand das Interkontinentale Jugendforum mit 410 Teilnehmern aus über 30 Nationen statt. Es wurden mehr als 400 Aktivitäten zu dreizehn verschiedenen Themen registriert, darunter (aber nicht nur) Wirtschaft, Migration, Diskriminierung, Gender, Kultur, Krieg und Frieden, Klimawandel, indigene Gruppen, Menschenrechte, soziale Bewegungen usw.

Auf dem heutigen '[Platz der Erklärungen](#)' gaben mehr als 60 Organisationen aus der ganzen Welt Erklärungen ab, in denen sie sich verpflichten, sich weiterhin für die Verwirklichung einer anderen, gerechteren und solidarischeren Welt einzusetzen. Das WSF verdankt seinen Erfolg den verschiedenen sozialen Bewegungen, Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen. Wir möchten Antonio Guterres, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, unseren Dank für seine Unterstützung und seine Solidaritätsbotschaft aussprechen. Wir danken allen bedeutenden Rednern unserer Eröffnungszeremonie von ganzem Herzen. [...]

ORGANISATIONSKOMITEE FÜR NEPAL
19. Februar 2024

<https://ripess.eu/en/final-statement-of-the-world-social-forum-katmandu-2024/> Übersetzung: SiG-Redaktion

Free Assange Newsletter, März 2024

Julian Assange ist seit 1803 Tagen inhaftiert

Nach der Anhörung vor dem britischen Gericht in London im vergangenen Monat erwarten wir die endgültige Entscheidung darüber, ob Julian Assange Rechtsmittel gegen seine Auslieferung an die USA einlegen kann. Zwar wurde noch kein konkretes Datum für diese Entscheidung genannt, doch wird sie in Kürze erwartet. Wir erwarten, dass das Urteil vor Gericht verlesen wird. Für den Fall, dass die Richter die Möglichkeit einer weiteren Berufung ablehnen, wird Julian Assange von US-Marshals von einem britischen Luftwaffenstützpunkt nach Virginia eskortiert, wo er ohne Verteidigung im öffentlichen Interesse vor Gericht stehen wird. Ihm droht eine 175-jährige Haftstrafe für das Verbrechen des Journalismus.

Was können Sie tun? Wir bitten Sie dringend, das Thema weiterhin ganz oben auf der öffentlichen Agenda zu halten und den Druck auf die Entscheidungsträger aufrechtzuerhalten, damit diese wissen, dass die Öffentlichkeit hinter Julian Assange steht und gegen diese ungeheuerliche Strafverfolgung ist, weil er sich schlicht für das Recht der Öffentlichkeit auf Information einsetzt.

Nachrichten: In diesem Monat schloss sich der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz dem wachsenden Chor der Stimmen an, die ein Ende des Auslieferungsverfahrens fordern, und sagte, dass er gegen die Auslieferung sei: "Ich hoffe, dass Julian Assange nicht an die USA ausgeliefert wird, die drohende Haftstrafe von bis zu 175 Jahren ist wie ein Tod auf Raten. ([The Times](#), 4.3.2024) US-Update: In der vergangenen Woche fand in den USA die Rede zur Lage der Nation statt, die der US-Präsident jedes

Jahr vor dem Kongress hält. Als Gast des Kongressabgeordneten Thomas Massie nahm der Bruder von Julian Assange, Gabriel Shipton, an der Rede teil. ([Dailymail](#), 11.3.2024)

Wir fordern die US-Bürger weiterhin auf, sich an ihre Abgeordneten zu wenden und sie aufzufordern, die House Resolution 934 zu unterzeichnen: "Regelmäßige journalistische Aktivitäten sind durch den ersten Verfassungszusatz geschützt, und die Vereinigten Staaten sollten alle Anklagen gegen Julian Assange und alle Versuche, ihn auszuliefern, fallen lassen." Hier ist ein [Link](#) zur Resolution:

Wie Sie Julian unterstützen können: Die US-Regierung verfügt über unbegrenzte Mittel, um ihre Verfolgung von Julian Assange fortzusetzen. Wir sind jedoch einzig und allein auf Sie, die Öffentlichkeit, angewiesen, um uns für seine Freiheit einzusetzen. Jede Spende an die Free Assange-Kampagne unterstützt unsere Bemühungen. Bitte überlegen Sie, ob Sie nicht eine Patenschaft übernehmen und sich für monatliche Spenden in Höhe von £5, £10 oder mehr anmelden. Ihre Spende wird wirklich einen Unterschied machen!

Mehr Informationen hier: <https://freeassange.org/donate/>

The Trust Fall: Julian Assange (15) Directed by Kym Staton <https://morningstaronline.co.uk/article/hero-our-time>
Attac Berlin: regelmäßige Mahnwache für Julian Assange <https://attacberlin.de/news/solidaritaet-julian-assange>

Netzwerk gegen Todesstrafe fordert Freiheit für Julian Assange und Mumia Abu-Jamal

Das bundesweite Netzwerk gegen die Todesstrafe wies am Mittwoch auf Parallelen in den Fällen von Julian Assange und Mumia Abu-Jamal hin und forderte die Freiheit beider inhaftierter Journalisten:

[...] **Mumia Abu-Jamal sitzt jetzt das 43. Jahr in Haft**, aber nicht etwa, weil ihm ein Verbrechen nachgewiesen worden wäre, sondern weil das Verfahren gegen den kritischen Journalisten laut Amnesty International »durchzogen von politischen Interessen« war und »den internationalen Mindeststandards zur Sicherung fairer Verfahren nicht genügt«. Nichts anderes erwartet dort auch Assange.

Mumia Abu-Jamal hat in seiner langen Haftzeit viele verschiedene **Unschuldsbeweise vorlegen können**. Außerdem hat seine Verteidigung zahlreiche Rechtsbrüche im Verfahren belegt. [...] Der fast 70 Jahre alte Gefangene leidet inzwischen gesundheitlich stark unter den Haftbedingungen. 2016 wurde ein altersbedingter Diabetes (Typ II) bei ihm festgestellt. Bis heute bekommt er keine adäquate Ernährung. Die Herztherapie, die er 2021 nach einer Operation mit zwei Bypässen verschrieben bekam, wurde bis heute nicht durchgeführt. [...]

Mumia Abu-Jamal überlebte 29 Jahre Isolationshaft, die nach Definition der UN Folter darstellt, wenn sie gegen einen Gefangenen länger als 15 Tage praktiziert wird. Er hatte bei seiner Inhaftierung 1981 im Alter von 27 Jahren eine gute Gesundheit. Davon kann inzwischen keine Rede mehr sein.

Julian Assange ist nicht nur bedeutend älter als Mumia bei seinem Haftantritt. Gesundheitlich und juristisch hat er in den USA ähnliche Herausforderungen zu erwarten. Nach fünf Jahren strenger Untersuchungshaft wirft diese Behandlung ein bezeichnendes Licht auf den Stand der Pressefreiheit in den USA, aber auch in Europa, wo (jetzt nicht mehr so) lautes Schweigen von Regierungsvertreterinnen und -vertretern seinen Fall begleitet. Vage Versprechen, er könne die zu erwartende Haft in Australien absitzen, sagen nichts über die Dauer der Untersuchungshaft und des Verfahrens aus. Aus Erfahrung wissen wir, dass sich das über Jahrzehnte hinziehen kann. Eine Auslieferung Assanges käme wie bei Abu-Jamal der Todesstrafe unter anderem Namen gleich.

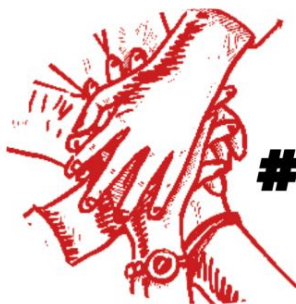
([jungewelt](#), 07.03.24)

European common space of Alternatives,

Marseille

26.-28. April 2024

„Wir beabsichtigen, mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichem Hintergrund zum Verständnis einer solidarischen Gesellschaft zusammenzubringen.“



**EUROPEAN
COMMON SPACE FOR
#ALTERNATIVES**

Programm und mehr: <https://spaceforalternatives.eu/de/welcom-deutsch/>

29. März bis 1. April 2024: Ostermärsche für den Frieden Termine auf der Seite der Friedenskooperative

Konferenz zu Vergesellschaftung: Von der Theorie zur Praxis

<https://vergesellschaftungskonferenz.de/>

Vom 15. bis 17. März haben 360 Menschen auf der Konferenz „Let’s Socialize: Vergesellschaftung als Strategie für Klimagerechtigkeit“ Ideen für die Vergesellschaftung der Wirtschaft entwickelt.

Die Teilnehmenden erarbeiteten in Workshops Projektideen für die vier Bereiche „Landwirtschaft und Ernährung“, „Care“, „Energie“ und „Mobilität“ und trafen erste Vereinbarungen zum Aufbau von Bündnissen für deren Umsetzung.

attac.de, 20.3.2024

Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024: 75 Milliarden € UmSTEUERungspotenzial!

<https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de>

Europäische Bürgerinitiative:
Einführung einer Vermögenssteuer zur Finanzierung des ökologischen und sozialen Wandels

Tax the rich

<https://www.tax-the-rich.eu/>
Aktion von Attac Frankreich: [Video](#)

Attac Frankreich:
6 Maßnahmen,
um 60 Milliarden Steuern
zu erhalten

Attac Österreich: CETA - Erfolg in Frankreich!

Der französische Senat hat heute die Ratifizierung des Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA)

mit 211 zu 44 Stimmen klar abgelehnt. Das Abkommen geht nun zurück an die Nationalversammlung,

Frankreichs untere Kammer. Fällt das Abkommen auch dort durch und benachrichtigt Frankreich die EU vom Scheitern der Ratifizierung, würde das auch den bereits vorläufig in Kraft getretenen Handelsteil zu Fall bringen.

„Jetzt ist es an der Zeit, CETA zu stoppen und die konzerngetriebene EU-Handelspolitik grundsätzlich zu hinterfragen und neu auszurichten.“

attac.at, 21.3.2024

Werkstatt für SiG 154 mit ergänzenden Artikeln: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-154-werkstatt>



Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-)Bewegungen (Ignacio Ramonet: „Die Märkte entwaffnen“; Attac-Charta vom Dezember 1998). Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein Gedicht von Günter Eich an. Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste von Attac-Mitgliedern und Regionalgruppen (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: www.sand-im-getriebe.org)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken,

Bestellung gedruckter Exemplare per E-Mail an die **Redaktion:** sand-im-getriebe@posteo.de

Newsletter abonnieren: <https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/>

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).

Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben.

V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes